

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Rente: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. (auswärts 15 Pf. Anzeigen unter 100 Pf. Steuerangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Geschäftsangelegenheiten, Verdingungs- und Wohnungsangelegenheiten, kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Ringstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

zur Auflösung in Preußen bereit.

Am Montag fand im Preussischen Landtage eine interfraktionelle Sitzung der drei preussischen Regierungen statt, an der auch der Ministerpräsident Genosse Otto Braun teilnahm. Es bestand bei allen Beteiligten volle Übereinstimmung darüber, daß endlich auch in Preußen klare Verhältnisse geschaffen und die Zeit der ewigen Regierungen beendet werden müsse. Bei der Regierung sei der Abbruch am Freitag in der Ministerkammer, so muß nach einmütiger Erklärung der Ausschussmitglieder die Auflösung des Landtages erfolgen. Der preussische Ministerpräsident schloß sich der Auffassung des Ausschusses an und teilte mit, daß der Auflösungsbescheid (Ministerpräsident Genosse Braun, Landtagspräsident Genosse Bartels und Staatsratspräsident Dr. Brauer) am Freitag zusammenzutreten und im gemeinsamen Falle unverzüglich die Auflösung vorzunehmen werde.

Die für den 5. Mai einberufene Sitzung des Reichstages des Reichstages des Zentrumspartei ist um eine Woche verschoben worden, da man zunächst die Entscheidung der Dinge in Preußen abwarten will. Die Reichspresse hatte es anders gehofft.

Der deutschnationale Breslauer Stadtverordneten-Vorsteher Friedrich als Anwalt Antisisters.

Die deutschnationale Presse hat monatelang ohne den geringsten Beweis Beziehungen zwischen Antisister und führenden Sozialdemokraten behauptet. Nicht einen einzigen Sozialdemokraten hat sie bisher nennen können, der die Gesandtschaft Antisisters bezeugt hat. Dagegen ist aus einem Bericht des Breslauer Volkspreppers im Auftrag des Reichstagespräsidenten vor dem Reichstag festgestellt, daß der Vertreter der Antisisters, einer Gründung Antisisters, der deutschnationale Rechtsanwalt Friedrich, der Breslauer Stadtverordneten-Vorsteher, gewesen ist. Man kann sich aus den Aussagen des Landtages ersehen, daß Friedrich die 21. Sitzung des Ausschusses darüber unterrichtet, ebenso man daraus, daß Friedrich in Wahrnehmung seiner Amtspflicht als Anwalt Antisisters diesen als einen Mann vornehmen Mann geschilddert hat, der stets zu den berichtigten Objekten gehöre und der ein guter Steuerzahler sei.

Wir beschäftigen nicht deutschnationale Kampfmethoden zu nehmen, sonst müßten wir bei solchen engen Beziehungen zwischen Antisister und Friedrich „Korruption“ feststellen und die deutschnationale der Förderung der Interessen des Antisisters bestreben. Was wir ganz nüchtern feststellen ist folgendes: 1. daß ein Deutschnationaler sich zwar im Auftrag von niemandem übertreten läßt, es aber Rechtsanwalt nicht verschmäht, von denen Antisister Vertretungen zu übernehmen sollte Antisistergebühren einzufordern. 2. daß unter solchen Umständen ein deutschnationaler Rechtsanwalt jederzeit bereit ist, zu tun, daß der gerade von ihm vertretene Antisister ein recht richtiger Objekt sei, 3. daß der Breslauer Stadtverordneten-Vorsteher doch gut daran getan hätte, die Beziehungen für seinen Klienten, dessen Ehre er schon damals recht zweifelhaft war, etwas vorzuziehen zu sein.

Die die Wirtschaftsdiktatur der Kartelle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der Weiterberatung des Staats für das Reichswirtschaftsministerium die Frage des Mißbrauchs der Kartellgewalt und des Verlangens der Kartellgesetzgebung ausdrücklich zur Sprache gebracht und Anträge auf Abhilfe begründet. Deshalb hat die folgende Entschiedenheit eingebracht: „Der Reichstag beschließt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. die Erzeugung eines Kartellregisters angeordnet wird; 2. dem Gemeinwohl dienendes unabhängiges Kartellregister mit dieser Befugnis, in die Tätigkeit der Kartelle, Syndikate, Trusts und ähnlicher Korporationen einzuführen, ihr Geschäftsbereich fortlaufend zu überprüfen und die Kartelle öffentlich bekanntzugeben.“ Zum Redner für diese Entschiedenheit trat der Reichstagspräsident auf. Er erklärte, daß die Sozialdemokraten diese Frage aufrollen. Das zeugt von schlechtem Gewissen, das man dort dieser Frage gegenüber zeigt.

Sindenburg wird dem Ausland als völkerverbundsfreundlich vorgestellt.

Am 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Journal de Paris bringt eine inspirierte Berliner Meldung, daß Sindenburg in seiner Unterredung mit Luther erklärt, daß er die bisherige Völkerverbundspolitik als billige und dieselbe Haltung wie die Regierung einnehme. Er werde die nationalpolitischen Forderungen der Völkerverbundung des Außenlandes entschieden zurückweisen und Stresemann freie Hand lassen. Diese Äußerung stimmt überein mit den letzten Berliner Depeschen der Sozialdemokratischen Presse, die eine Bereitwilligkeit Sindenburgs, die bisherige Außenpolitik beizubehalten, die Weltfrieden werden mit Schritt aufzunehmen, da man die Völkerverbundungspillen für das misstrauische Ausland bemerkt.

Der Steuertampf beginnt!

Ein sozialdemokratischer Vorstoß.

Präsident Lübe eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung sämtlicher Steuerentwürfe. Als erster Redner ergreift das Wort

Herr Dr. Herk (Soz.):

In allen modernen Staaten stehen die Finanz- und Steuerprobleme gegenwärtig im Vordergrund. Eine der bedeutendsten Reden aus der letzten Zeit, die des englischen Finanzministers Churchill, beweist, daß die englische Finanzpolitik sowohl in Bezug auf die allgemeinen Steuerprinzipien als auch für die sozialen Erwägungen bei der Verteilung der Steuerlasten vorbildlich ist. Obwohl England gegenwärtig eine konservative Regierung hat, ist das englische Steuerrecht von starken sozialen Erwägungen durchdrungen. Während bei uns der Überdruß aus der stärksten Anspannung der Massensteuern stammt, rührt der Überdruß im englischen Budget lediglich aus außerordentlich hohen Beträgen der Einkommensteuer her. In Deutschland sind 1924 fast 5 Milliarden Goldmark aus diesen Massensteuern aufgebracht worden, also fast 70 Prozent der gesamten Einnahmen des Reiches (Hört! Hört! bei den Soz.) Auf die Lohn- und die Umsatzsteuer, die ihrem ganzen Charakter nach auf der Masse des Volkes liegen, entfallen allein 3,1 Milliarden, die fünf wichtigsten Steuern haben dagegen nur 1,7 Milliarden erbracht. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wenn man bedenkt, daß die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer zum großen Teil abgewälzt worden sind, dann sieht die Last, die der Volk aufgebracht hat, um weniger als die Hälfte der Umsatzsteuer. (Hört! Hört! bei den Soz.) In England gibt es überhaupt keine Lohnsteuer, Verbrauchssteuer und Zölle nur für wenige notwendige Warenbedarfsartikel. Während bei uns der Umfang der Massenbelastung unangenehm gewachsen ist, sehen wir in England die entgegengesetzte Entwicklung. 1913 bis 1914 entfielen in England 52,1 Prozent auf Verbrauchssteuer und Zölle, auf Lohnsteuer nur 47,9 Prozent. Im Budget für das Jahr 1925 aber ist der Anteil der Verbrauchssteuer auf 37 Prozent zurückgegangen, der des Volkes auf 62,7 Prozent gestiegen. (Hört! Hört! bei den Soz.) In England sind alle Einkommen unter 2700 Mark völlig steuerfrei, nach den neuen Vorschlägen des englischen Finanzministers soll ein Einkommen bis zu 4500 Mark der Steuer nicht unterliegen. Die Arbeiterfamilien also, die bei uns durch die Lohnsteuer eine Belastung von fast 1 1/2 Milliarden Goldmark tragen, sind in England vollkommen steuerfrei. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Wenn trotzdem die englische Einkommensteuer so riesenartige Früchte bringt, so deshalb, weil der übrige Teil der Bevölkerung zur direkten Einkommensteuer in einem Maße herangezogen wird, das wir in Deutschland weder früher noch jetzt kennen. Es ist nicht allein der Reichtum des Landes, sondern die Höhe des Steuertarifs und die exakte Veranlagung und Ausführung der Steuern, die die Gesamteinnahmen aus der Einkommensteuer in England von einer Milliarde Goldmark im Jahre 1913 auf jetzt fast 7 Milliarden gesteigert hat. (Hört! Hört! bei den Soz.) 1913 zahlte der englische Einkommensteuerpflichtige pro Pfund 12 Schilling, während des Krieges 6 Schilling und jetzt 4 Schilling, also 20 Prozent tatsächlicher Belastung bei allen Einkommen, die über die Mindestgrenzen hinausreichen. Die Erbschaftsteuer bringt dort mehr als bei uns die Einkommensteuer. 1924 brachte die deutsche Erbschaftsteuer ganze 26 Millionen, also nur 2,5 Prozent des Betrages, der in England durch dieselbe Steuer aufgebracht wurde. Die Erbschaftsteuer in England hat allein den doppelten Ertrag der Erbschafts- und Vermögenssteuer in Deutschland zusammen genommen gebracht. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Noch eine Bemerkung über die Ausgaben im englischen Budget. Obwohl in England die Einnahmen zum größten Teil aus den Steuern kommen, ist festzustellen, daß der Umfang der sozialen Lasten in Deutschland wesentlich hinter England zurückbleibt. In dem von Churchill vorgelegten Budget sind allein 3 Milliarden Goldmark für Erwerbslosenunterstützung enthalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch der Vergleich mit dem Steuersystem anderer Länder fällt zu Ungunsten Deutschlands aus. In Frankreich ist das Einkommenminimum wesentlich höher als bei uns, der Tarif beginnt mit 2 Prozent und endet mit 50 Prozent. Selbst in Desterreich, das gleich uns große Lasten aus dem Krieg zu tragen hat, ist das Lohnsteuersystem nicht im entferntesten so angepaßt wie bei uns. Wenn man die Belastung des Arbeitseinkommens durch Lohnsteuer und Verbrauchssteuer zusammenrechnet, so ergibt sich, daß ihm der Aufwand für seinen Lebensunterhalt für volle zwei Monate weggenommen wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn man bei den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums keine Milderung, sondern nur eine Verschärfung dieser Sachlage entdecken kann, so erhält man erst ein Bild von dem Sinn der „Not- und Schicksalsgemeinschaft“, von der der Reichsfinanzminister in seiner einleitenden Rede gesprochen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Überbelastung der Masse ist in erster Linie aus sozialen Erwägungen zu begründen, sie ist aber auch die wichtigste Ursache unserer Wirtschaftskrise, die aus der fehlenden Kaufkraft der Massen unserer Bevölkerung hervorgeht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einseitige Unternehmenskräfte sind längst für die Herstellung der Lohnnebenebene eingesetzt, weil sie ohne Beteiligung des Binnenmarktes keine volle Beschäftigung der Gesamtproduktion erwarten. Unsere Steuerbelastung aber tut das Gegenteil; sie geht von außerordentlich niedrigen Löhnen aus, raubt den Massen ein Gehalt, bis ein Teil ihrer Kaufkraft, führt zur Abschichtung in den Konsummittelindustrien und verdrängt die Tendenz zu Preissteigerungen, weil der Verkauf in der Wirtschaft nicht befördert wird. Dazu kommt die Erziehung der Arbeit

sfähigkeit auf dem Weltmarkt, weil eine Konkurrenzfähigkeit die volle Beschäftigung der Unternehmungen und die Verbilligung der gesamten Produktion voraussetzt. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums erhöhen aber auch den Sparwillen unserer Bevölkerung. Die Vorschläge setzen zwar eine Begünstigung der Kapitalbildung vor, aber nur bei denjenigen kleinen Schichten unseres Volkes, die es verstanden haben, ihre Vermögen durch den Krieg und über die Inflationszeit hinaus zu erhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Reichsfinanzministerium meint, ohne diese Vorschläge gäbe es keinen Weg, die Steuermoral zu heben. Die Reichsregierung sollte sich doch aber in England darüber unterrichten, wie dort die Steuermoral zustande gekommen ist. Der Reichsfinanzminister sollte sich nicht dem Standpunkt des Führers des Brandenburgischen Landtages annähern, des Herrn von Ragner, der erst kürzlich wegen Aufforderung zur Steuerhinterziehung eine erhebliche persönliche Strafe erhalten hat (Hört, hört! bei den Soz.) Durch den Abbau der Steuern kann die Steuermoral nicht gehoben werden. Auf diesem Wege werden Sie keine Grenze finden und zu der idealen Steuermoral erst dann kommen, wenn Sie keine Steuern mehr erheben. (Zustimmung und Heiterkeit links.)

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu der Reform der Reichsregierung ist der: Angesichts der bisherigen Entwicklung unserer Finanz- und Steuerverhältnisse halten wir jede Ermäßigung der Steuern für unerträglich, solange nicht die Massenbelastung erheblich gewidert worden ist. Wir verlangen, daß die Lohnsteuer in kürzester Frist erheblich abgebaut wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ohne Kenntnis des Reichsfinanzministeriums die Einkommensteuer für die Vorauszahlungspflichtigen ermäßigt, gleichzeitig aber auch das von der Sozialdemokratie gestellte Verlangen nach Ermäßigung der Lohnsteuer abgelehnt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die Lohnsteuer wurde bei der Beratung der zweiten Steuerreformordnung auf einen jährlichen Ertrag von 720 Millionen geschätzt, sie hat 1923 Millionen erbracht, also etwa das Doppelte. Dieser Mehrertrag ist erzielt worden, obwohl im vergangenen Jahre die Steigerung der Löhne nur eine Steigerung der Nominallöhne war und nicht eine Steigerung des Reallohnes. Sie ist nur zum kleinen Teil durch stärkere Beschäftigung erbracht worden, in erster Linie aber dadurch, daß sich die tatsächliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger um 1,5 Prozent erhöht hat. Zur Lohnsteuer verlangt die sozialdemokratische Fraktion die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 60 Mark monatlich auf 160 Mark. Ferner prozentuale Ermäßigungen für Frau und Kinder durch feste Beträge und die Wiederanrechnung erhöhter Werbungskosten. Wir verlangen ferner die volle Gutbringung der Lohnsteuerermäßigungen auch bei Ausfall an Arbeitseinkommen infolge Erwerbslosigkeit, Kurzarbeitszeit, Krankheit usw. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Reichsfinanzministerium hat in früheren Beratungen demgegenüber auf den voraussichtlich dadurch entstehenden Ausfall verwiesen, den es bei Erhöhung des steuerfreien Betrages von 50 auf 60 Mark auf 200 Millionen errechnete. Eingetretten ist kein Ausfall, sondern eine wesentliche Erhöhung. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Wir fordern neben der Ermäßigung der Lohnsteuer den Abbau der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer ist der wichtigste Feind der Wirtschaftsgesundung. Es ist kein Zweifel, daß besonders die Fertigungsindustrie durch die zahlreichen Umsatzsteuerarten fast mit 10 Prozent Steuern belastet sind. Gleichzeitig ist sie eine ungeheure Sondergewinnsteuer für diejenigen Unternehmungen, die die Umsatzsteuerarten von sich aus erheben können. Damit wird die Konzentration der Unternehmungen, die Gewalt seiner Kräfte über die gesamte Wirtschaft, ungeheuer gefördert, das Kartellwesen geradezu verewigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen wird das gesamte Wirtschaftsleben mit einem viel höheren Betrag belastet als tatsächlich in die Reichskasse fließt, weil zu jeder Erhebung der Umsatzsteuer noch ein Sondergewinn hinzutritt. Wir halten daher die Herabsetzung für berechtigt, daß die Umsatzsteuer jetzt auf 1/2 Prozent herabgesetzt wird, mit dem Ziel, sie ganz zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bisherigen Ermäßigungen der Umsatzsteuer haben gezeigt, daß nur ein Teil des erwarteten Ausfalls eintritt, und daß dieser Ausfall durch eine Steigerung der Produktion, durch eine Verstärkung der Kaufkraft und durch eine Vermehrung der steuerpflichtigen Umsatzsteuer wieder wettgemacht wird. Wir glauben, daß jetzt ein Steuerverhältnis zu finden ist, bei dem der Abbau der Umsatzsteuer auf dieses geringe Maß sich durchführen läßt. Wenn der Reichsfinanzminister sagt, daß der Abbau dieser beiden Steuern kaum möglich ist, wenn man das Gleichgewicht im Budget aufrecht erhalten will, so erkläre ich ganz offen: Wir haben vom Reichsfinanzministerium so oft falsche Angaben und so selten richtige bekommen, daß die Herren kaum von uns erwarten können, daß wir ihre Angaben als höhere Unterlagen werten können. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir erst auf dem Zustand kommen, wie ihn Churchill jetzt (als Beispiel unseres Genossen Snowden) mitgeteilt hat, daß bei einem Budget von 16 Milliarden Mark, die tatsächlichen Einnahmen von dem Reichsfinanzministerium nur um 6 Millionen Mark abweichen, dann werden wir auch Ihren Angaben unbedingtes Vertrauen schenken. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bei dem vom Finanzminister genannten Ueberschuß von 34 Millionen fehlt der Betrag der Mindesteinnahmen, es fehlen die Angaben über die Rinsennahmen für die ausgetriebenen Gelder, für die Ueberträge aus den Vermögenswerten, es fehlt das Guthaben bei den Reparationsbanken, es fehlen die Angaben, welche Beträge

Achtung, Arbeiterpostler und Handballspieler!

Sonntag, den 10. Mai, finden die Spiele um die Handballmeisterschaft des 14. Kreises Arbeiter-Turn- und Sportbund auf dem A.O.L.-Sportplatz in Klein-Neuborn statt. Es treten die Meister des 1., 4., 5. und 6. Bezirks an. Der 10. Bezirk, der sehr spielfähig ist, ist leider diesmal nicht vertreten. Es wird sehr spannende Kämpfe geben, da die technische Durchbildung der Mannschaften eine sehr gute ist. Die Auslosung der Mannschaften hat folgende Reihenfolge ergeben:

9.00-10.00: Gaudau 1. Bezirk - Müllergersdorf 4. Bezirk.
 10.00-11.00: Gaudau 5. Bezirk - Müllergersdorf 3. Bezirk.
 2.20-3.00: Neulirch Knaben - 5. Abt. S.T. Breslau Knaben.
 3.00-3.40: Neulirch Frauen - Pöselbon Frauen.
 3.45-4.45: Sieger vom Spiel I - Sieger vom Spiel II.

Zu den Endkämpfen wird sich wahrscheinlich Gaudau und Bunsau durchringen. Jeigt Gaudau nicht eine bessere Spielweise wie am 19. April, so wird es ihnen sehr schwer werden, ihren Kreismeistertitel zu behalten. Hat doch Bunsau am Karfreitag gegen die Stadtmannschaft Berlin sich sehr gut behaupten können. Durch das Fehlen von Rinderhofel wollen wir zeigen, daß wir allen Altersklassen gerecht werden. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten. Erwachsene 50 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 25 Pf. (gegen Ausweis), Kinder 10 Pf. Die Eintrittspreise berechtigen zum Eintritt vor- und nachmittags.

Ausgesetzene Schlichtung.

Der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes gibt hiermit die Sportler namentlich bekannt, die ihre Zustimmung um Mitgliedschaft der bürgerlichen Turnvereine „Vorwärts“ veräußert und solche, welche wegen unläuterer Motive aus der Bewegung ausgeschieden worden sind, was bezüglich auf die früheren Mitglieder des Kraftsportclubs „Eichenlaub“ zutrifft. Es sind dies: Walter Wolf, Max Wolf, Rudolf Wolf und Hermann Schubert vom „Eichenlaub“, Max Reich, Heide, Schulte und Sacher vom „Vorwärts“, Lande, Witsnichts, Artur Schick, Judach, Ernst Busch, Berndt, und G. Ulrich von „Schilles I“. Wir bitten sämtliche Arbeitervereine, sich diese Leute zu notieren und ihren Mitgliedern bekanntzumachen.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr, senden unsere Vereine ihre Käufer an den Treffpunkt Hindenburgbrücke. Es finden dort Auszeichnungen im Laufen zu dem Staffellauf des Sportstarkeits statt.

Die Bezirksmeister im Sehen und Ringen „Schilles I“ und „Eichenlaub“ weilen am Sonntag, den 10. Mai, mit ihren Mann-

Donnerstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, Kartellierung, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Tagesordnung: Geschäftsbericht, Kasse, Presse, Kartellierung, Olympiade, Beschlüsse.

Wir ermahnen alle Vereine rechtzeitig, uns die ausgegebenen Fragebogen zur Kartellierung zurückzugeben, da wir ohne dieselben nicht arbeiten können, ebenso ist der Kopfbeitrag für das erste Quartal umbehalten zu zahlen. Wer Geld hat, sollte das zweite folgen lassen. Die bevorstehenden Veranstaltungen verpflichten große Summen. Alles werde schon jetzt für unsere Veranstaltungen, den Lauf „Luz durch Breslau“ am 24. Mai, und der Kulturveranstaltung, die am 13. Juni abends beginnt mit der Veranstaltung „Die Ober in Flammen“.

Die Frankfurter Seite Nr. 8 sind erschienen und können alsbald durch Post bezogen werden. Alle alten Hefte müssen unbedingt bezahlt werden. Der Verlag drängt auf Besahlung. Holt Sportarten für Frankfurt und beachtet die Fragebogen, die auch ausgehen!

Kraftsportklub „Schilles I“, sez. 1903. Infolge Veränderung der Übungsstunden und Lokale geben wir diese hiermit bekannt: Dienstag Übungsstunden für Leichtathleten und Ringen in der oberen Turnhalle der Schule Diener Straße von 7-10 Uhr abends. Donnerstags Übungsstunden für Gewichtheber und Ringen in der Turnhalle der Schule Brodamer Straße 14 von 6-9 Uhr abends. Freitag von 6-9 Uhr abends und Sonntag vormittags von 9 bis 12 Uhr Training für Handballer und Leichtathleten im Volkswinkel oder Tschamich. Mittwoch, den 6. Mai, Versammlung der Leichtathleten im Vereinslokal Königgräber Straße 10, abends 8 Uhr.

Sportklub „Jessenek 04“, z. S. hält am 10. Mai sein diesjähriges 15-Kilometer-Marathonlaufen auf der Straße Breslau-Deutscher Platz und zurück ab. Treffpunkt der Käufer früh 6.30 Uhr bei Baubach, Frankfurter Straße 119.

Freie Kadervereinsung Breslau e. R. Freitag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung. Dienstag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, ebenda: Vorstandssitzung. Mittwoch, den 6. Mai, Arbeitsabend, anschließend treffen sich im Bootshaus alle Mitglieder, die nach Frankfurt a. M. fahren zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen. Die Prozentkarte muß bis dahin nach Möglichkeit gereicht werden. Die Mannschaften sind bereits gemeldet. Bis zum 8. Mai müssen unbedingt von allen Mitgliedern die Verbands- und Parteibücher zwecks Kontrolle den Sportgenossen Haut und Horn vorgelegt werden. Sonntag, den 10. Mai, findet unter diesjähriges Anrubern statt. Näheres wird noch an dieser Stelle bekanntgegeben.

gleichnamiger Zeitungsroman erfüllt, ohne in Abständen und Gebenheiten den Durchschnitt zu überlegen, die Vorbildung für einen buntbewegten Unterhaltungs-Meister. Untröstlich in der Tiefe: das Gefühl ist ein Millionenverder, den der Sprung aus den Mäulchen des Mittags in blinde Genußsucht einer Großindustriellen-Clique zum Werkzeug macht. Er verliert nicht nur Geld, sondern die Macht über sich an sie. Stürzt seine Jugendgeheimnis ins Verderben wehft aus den Armen einer schönen Bühnenstarke in die Krallen einer charakterlosen anderen die er gar nicht geliebt die Frauen zu seinem „Gefühl“ machen zu müssen. Die Darstellung ist etwas bläß. Alfons Kerschke verfährt eindrucklich den armen Reichen, auch Rudy Wenzel, Kaiser-Liech, Max Grünig sind am Platz, aber die Schablone ist unvermeidbar. — Dazu Protesten.

Palast-Theater. „Hedda Gabler.“ Jhen — es muß gesagt werden — steht dem Geschmack, den dramatischen Bedingungen unserer Tage schon so fern, wie seine psychologische Studie dem Film. Rosa Portens und Dr. Franz Kästners Mannescript ist noch mehr photographierte Bühne als jeder frühere. Iphigenieversuch. Um die Heldin geschieht eine dürftige, eigentlich gar keine Handlung, die ungleiche Ehe und die aufstrebende Erinnerung an die Jugendliebe. Und Hedda Gabler, die an irreführender Lebensbeziehung, an Dunkel und überpannter Weiblichkeit Leidende muß, des Wortes beraubt, in ihren Einkäufen, wenn überhaupt verständlich, hysterisch wirken. Als die Kiehl hat alle Verbeißt, alle perverste Regierung für sie. Jede Geste heißt Sünde. Das Ensemble ist mit Paul Morgan, Gregor Chmara, Käthe Haack, Frieda Richard, Albert Steinrid, das Dekorative mit Professor Max Frid Hilligich gut besetzt.

EinWeiser spricht:

Das Schuh braucht man nicht zu erproben, Das Tack kann man vorm Abend loben!

Ausscheiden! Dies ist Inserat Nr. 4 von einer Serie von sechs Inseraten, die in dieser Zeitung veranschaulicht erscheinen. Sammeln Sie diese Inserate, denn Inserat Nr. 6 wird ein Preisanschreiben enthalten, in dem sich jeder beteiligen kann, der uns dann mindestens drei Exemplare dieser Serie einschickt. Wenn Sie sich schon jetzt über das Preisanschreiben informieren wollen, verlangen Sie in den Tack-Blättern die Conrad Tack-Blätter (gratis und ohne Kaufzwang). Inserat Nr. 6 erscheint in dieser Zeitung am 28. Mai

Anbewahren!

im Tackul immer zusammenhalten

Conrad Tack & Cie.

Verkaufsstelle
Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.

Nicht lange fragen... Tack-Schuhe fragen!

| | | | |
|---|------|--|---------------|
| Damen-Spangenschuhe in vielen Ausführungen, z. B. braun echt Chevreau 10.50, in schwarz Chromleder | 6.90 | Herrn - Halbchuhe, schwarz und braun, moderne Fasformen, schwarz Rindb., Origin-Good-Well | 12.50 |
| Braune Damen-Halbchuhe, echt Chevreau oder Boxkalf, Orig.-Goodyear-Well 17.50, 16.50, 15.50 braun Robchevreau | 8.90 | Braune Herren-Schnürstiefel, la Rindbox mit Zwischensohle, Orig.-Goodyear-Well, sehr empfehlenswerter Sportstiefel für Mädchen und Knaben, strapazierfeste Verarbeitung mit Oesen oder Agraffen, Gr. 31/33 6.40, Gr. 29/30 7.90, Gr. 27/28 | 20.50 5.40 |
| Braune Mädchen-Spangenschuhe, echt Chevreau, gern gekaufter Halbschuh, von Gr. 27-39, Gr. 31/33 8.50, Gr. 29/30 7.90, Gr. 27/28 | 7.50 | Schulstiefel für Mädchen und Knaben, strapazierfeste Verarbeitung mit Oesen oder Agraffen, Gr. 31/33 6.40, Gr. 29/30 5.90, Gr. 27/28 | 5.40 |

Conrad Tack & Cie. A.G. Burghelm

Breslau, Reuschestr. 47/48 Tel. Ohle 5116

Am 30. April verschied nach längerem Krankenlager der **Kassenangestellte Herr Paul Mohaupt** im Alter von 54 Jahren.

Während seiner 12jährigen Tätigkeit im Kassendienst hat er sich durch Fleiß, Gewissenhaftigkeit und seine unermüdete Pflichttreue stets ausgezeichnet. Wir bedauern seinen noch zu frühen Heimgang und werden sein Andenken in Ehren halten.

Breslau, den 2. Mai 1925.

Der Vorstand und die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am 30. April 1925 verstarb unsere Kollegin **Agnes Pavel** im Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren Die Mitglieder der Zahnstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, den 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gräberfelds, Friedhofes.

2 billige Seefischtage!

Montag u. Dienstag **2 Waggons**

Um der Breslauer Bevölkerung zu beweisen, daß der Seefisch nach Ostern ebenso frisch ist, ja noch fetter und fleischiger wie im Winter, veranstalten wir diese

Reklamefage.

Die Waggons trafen nachweislich erst Sonntag ein, es handelt sich deshalb um keine alte, sondern nur um blutfrische, frische in Qualität!

ff. Kabilau ff. Seelachs Fischkoteletts

im Schnitt im Schnitt ohne Haut und Gräten

Pfund nur **19** Pfund nur **17** Pfund nur **48**

Ebenso preiswert sind unsere Räucherwaren, Marinaden, Fischkonserven, Oelsardinen, Salzheringe, z. B.: **Echte Schotten Feinste dänische neuster Fang früh russisch genannt Fotibücklinge**

2 Stück **15** Pfund **10** Pfund **15**

Im Engros noch billiger! Bitte, fordern Sie Preisliste!

Eigene Fischdampferflotte. Eigener Fischereifleet. Eigene Eisenbahnkühlwagen usw.

„Nordsee“

Geschäftsführer: Foeder Trapp.

Fernsprecher Ohle 5290, 5291, 4223

Bitte, genau auf Firma achten!

Am 30. April verschied unser langjähriger Parteimitglied, der Krankenkassen-Angestellter (früher Steuereinsamler) **Paul Mohaupt** im Alter von 54 Jahren 6 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Beerdigung: Montag, 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Pöhlner Friedhofes, 203. Inszenierung: Matthesstraße 109. Dienstag 21.

Verkauf der Hausvereinigung (große Gasse und Käse) in Holzberg ohne Beteiligung von Steuer, Montag 7.

Sommerproffen

Einmaliges außerordentliches Mittel zum Zweck der Unterstützung der Arbeitervereine in der Provinz.

W. A. Altkamp 125

Neulirchstraße (Eisenbahn) 8 222

Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft Eigenheim-Eigenhagarten e. S. m. b. H. Breslau-Gräbchen

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

Donnerstag, den 14. Mai, abds. 7 Uhr im großen Saal des Gesellschaftshauses Hopf & Görcke, Gräbchenstraße 151.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes;
2. Vorlage des Rechnungsjahresabschlusses 1924 und Befürwortung der Gewinn- und Verlustrechnung;
3. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses;
4. Genehmigung der Jahresabrechnung und der Gewinnerteilung;
5. Rechnungsabänderung der §§ 1 und 15;
6. Entlassung des Vorstandes;
7. Vorstandswahl, Erziehung für das ausstehende Mitglied (Schiedsrichter) und Neuwahl eines neuen Vorstandsmittels als Vorkandidat;
8. Erziehung der fahrgenüßigen ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder;
9. Mitteilung über Kauf und Verkauf von Baugelände;
10. Freifügung des Gesamtbeschlusses, den Anleihen im Jahre 1925 nicht überlegen dürfen;
11. Berichtigung und Genehmigung des Protokolls.

Nur mit der Mitgliedskarte als Ausweis berechnete Genossen haben Zutritt. Angehörige von Mitgliedsfamilien dürfen an der Versammlung nicht teilnehmen.

Der Rechnungsjahresabschluß liegt zur Einsichtnahme für die Genossen in unserem Geschäftszimmer, Friederichplatz, während der Dienststunden von 5. bis 12. Mai aus.

Der Kassier: Müller.

Proletariat!

Bewußt die Hindernisse des Sprachschwanks! Lerne die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird!

Damenkonfektion.

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen wir unser gesamtes Sommer- und Winterlager in

Kinder, Rockfisch- u. Damenartikel, sowie Herren- und Stoffen zu äußerst billigen Preisen.

Bialoszymski, Heinrich & Co.

Breslau - und Neulirch-Platz

Junkerstraße 11, 2. Treppen.

Für Mitglieder

und Mitglieder, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der Mitgliedschaft nicht abgeholt, kann eine Gebühr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

Inserate

erhalten in der Volkswacht den größten Erfolg!

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Buchmaterial

Breslau 3. Neue Gewerksstraße 5

Damen-Hüte

Kinder-Hüte

Carlsplatz 31

R-Glücksman

Druckerei Volkswacht

ist die moderne Druckerei in Breslau 2. Friederichstraße 11

Parteilreunde

kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Volksrecht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Druckort: Breslau 2

Verlags- und Druckerei: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Rente: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 15 Pf., auswärts 18 Pf., Kleinanzeigen unter 200 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungsanzeigen 8 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Hauptstraße 43 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Abdruckpreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Haupt-Expediton: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expediton: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expediton: Hauptstraße 140, sowie durch alle Anzeigenstellen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 1 Mark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Die Auflösung in Preußen bereit.

Am Montag fand im Preussischen Landtage eine inter-
nationale Sitzung der drei preussischen Regierungs-
räte statt, an der auch der Ministerpräsident Genosse Otto
teilnahm. Es bestand bei allen Beteiligten volle
Einstimmigkeit darüber, daß endlich auch in Preußen klare
Verhältnisse geschaffen und die Zeit der ewigen Regierungs-
veränderungen beendet werden müsse. Die Regierung bei der
Wahl am Freitag in der Minorität, so muß nach einmütiger
Entscheidung der Ausschüsse die Auflösung des Parlaments
erfolgen. Der preussische Ministerpräsident schloß sich der Auf-
lösung des Ausschusses an und teilte mit, daß der Auflösungs-
bescheid (Ministerpräsident Genosse Braun, Landtags-
präsident Genosse Bartels und Staatsratspräsident Dr.
Häcker) am Freitag zusammengetreten und im
einigen Falle unverzüglich die Auflösung vorzunehmen werde.

Die für den 5. Mai einberufene Sitzung des Reichs-
tagesausschusses der Zentrumspartei ist um eine
Stunde verschoben worden, da man zunächst die Ent-
scheidung der Dinge in Preußen abwarten will.
Die Reichspresse hat es anders gesehen.

Der deutschnationale Breslauer Stadtverordnetenvorsteher Friedrich als Anwalt Antisisters.

Die deutschnationale Presse hat monatelang ohne den
nötigen Beweis Beziehungen zwischen
Antisister und führenden Sozialdemokraten her-
gestellt. Nicht einen einzigen Sozialdemokraten hat sie bisher
nennen können, der die Gesandte Kulturschleifer hat. Dagegen
ist aus einem Bericht des Breslauer Volksprekursors im
Anhang an Aussagen des Volksprekursors vor dem Bar-
mentstag festgestellt, daß der Verteidiger der Osten-Antisister-
einer Gründung Antisisters, der deutschnationale
Anwalt Friedrich, der Breslauer Stadt-
verordnetenvorsteher, gewesen ist. Man kann sich aus
den Durchschriften des Landtags ersehen, daß Friedrich
die 21. Sitzung des Ausschusses darüber unterrichtet; ebenso
ist man daraus, daß Friedrich in Wahrnehmung seiner Auf-
gaben als Anwalt Antisisters diesen als einen
Mann vornehmen Mann geschilbert hat, der
zwecks zu den berücksichtigten Dingen gehöre und der ein
guter Steuerzahler ist.

Die Wirtschaftsdiktatur der Kartelle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
bei der Weiterberatung des Etats für das Reichswirtschafts-
ministerium die Frage des Mißbrauchs der Kartellgesetzgebung
des Reichstags der Kartellgesetzgebung ausführlich zur Sprache
zu bringen und Anträge auf Abhilfe zu begründen. Deshalb hat die
sozialdemokratische Fraktion eine Eingabe an den Reichstag
eingereicht, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag
einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. die Er-
richtung eines Kartellregisters angeordnet wird;
2. dem Gemeinwohl dienendes unabhängiges Kartell-
gericht eingesetzt wird mit der Befugnis, in die Tätigkeit der
Kartelle, Syndikate, Trusts und ähnlicher Korporationen ein-
zugreifen, die Gesetzentwürfen fortlaufend zu überprüfen und
das Ergebnis öffentlich bekanntzugeben. Zum Redner für diese
Eingabe hat der Reichstag die sozialdemokratische Fraktion
bestimmt. Im Reichswirtschafts-
ministerium ist man nach einer Berliner Information nicht er-
reicht, daß die Sozialdemokraten diese Frage aufrollen. Das zeugt
von schlechtem Gewissen, das man dort dieser Frage gegen-
über zeigt.

Hindenburg wird dem Ausland als völkerverständlich vorgestellt.

Am 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das „Journal de
Paris“ bringt eine inspierte Berliner Meldung,
die Hindenburg in seiner Unterredung mit Luther erklärt
er die bisherige völkerverständliche Politik
aus Billigkeit und dieser Haltung wie die Regierung ein-
zuwerden die nationalpolitischen Forderungen
in der Unterredung des Außenministers entschieden zurück-
zuweisen und Stresemann freie Hand lassen. Diese
Meldung stimmt überein mit den letzten Berliner Depeschen der
Schweizer Presse, die eine Bereitwilligkeit Hindenburgs
an die bisherige Außenpolitik bezeugen. Die Mel-
dungen werden mit Skepsis aufgenommen, da man
den völkerverständlichen Forderungen für das völkerverständliche
Land zweifelt.

Der Steuertampf beginnt!

Ein sozialdemokratischer Vorstoß.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung
steht die Fortsetzung der ersten Beratung sämtlicher
Steuerentwürfe. Als erster Redner ergreift das Wort
Abg. Dr. Herk (Soz.):

In allen modernen Staaten stehen die Finanz- und Steuer-
probleme gegenwärtig im Vordergrund. Eine der bedeutungs-
vollsten Reden aus der letzten Zeit, die des englischen Finanz-
ministers Churchill, beweist, daß die englische Finanzpolitik sowohl
in Bezug auf die allgemeinen Steuerprinzipien als auch für die
sozialen Erwägungen bei der Verteilung der Steuerlasten vor-
bildlich ist. Obwohl England gegenwärtig eine konservative
Regierung hat, ist das englische Steuerwesen von starken
sozialen Erwägungen durchdrungen. Während bei uns der
Uberschuß aus der stärksten Anspannung der Massensteuern
stammt, rührt der Überschuß im englischen Budget lediglich aus
außerordentlich hohen Beiträgen der Reichsteuern her. In
Deutschland sind 1924 fast 5 Milliarden Goldmark aus diesen
Massensteuern aufgebracht worden, also fast 70 Prozent der ge-
samten Einnahmen des Reiches (Hört! Hört! bei den Soz.) Auf
die Lohn- und die Umsatzsteuer, die ihrem ganzen Charakter nach
auf der Masse des Volkes liegen, entfallen allein 3.1 Milliarden,
die fünf wichtigsten Besteuerungen haben dagegen nur 1.7 Milliarden
erbracht. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wenn man bedenkt, daß
die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer zum großen Teil
abgewälzt worden sind, dann sinkt die Last, die der Volk
aufgebracht hat, auf weniger als die Hälfte der Umsatzsteuer.
(Hört! Hört! bei den Soz.) In England gibt es überhaupt keine
Umsatzsteuer, Verbrauchssteuer und Zölle nur für wenige ent-
scheidende Massenbedarfsartikel. Während bei uns der Umfang der
Massenbesteuerung unangehörig gewachsen ist, sehen wir in England
die entgegengesetzte Entwicklung. 1913 bis 1914 entfielen in Eng-
land 52.1 Prozent auf Verbrauchssteuer und Zölle, auf Beste-
uerungen nur 47.9 Prozent. Im Budget für das Jahr 1925 oder
ist der Anteil der Verbrauchsbelastung auf 37 Prozent zurück-
gegangen, der des Volktes auf 62.7 Prozent gestiegen. (Hört!
Hört! bei den Soz.) In England sind alle Einkommen
unter 2700 Mark völlig steuerfrei, nach den neuen Vor-
schlägen des englischen Finanzministers soll ein Einkommen bis
zu 4500 Mark der Steuer nicht unterliegen. Die Arbeiterkassen
also, die bei uns durch die Lohnsteuer eine Belastung von fast
1 1/2 Milliarden Goldmark tragen, sind in England vollkommen
steuerfrei. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Wenn trotzdem die englische Einkommensteuer so
Riesenerträge bringt, so deshalb, weil der übrige Teil der
Bevölkerung zur direkten Einkommensteuer in einem Maße heran-
gezogen wird, das wir in Deutschland weder früher noch jetzt
kennen. Es ist nicht allein der Reichtum des Landes,
sondern die Höhe des Steuertarifs und die exakte Ver-
anlagung und Ausführung der Steuern, die die Gesamt-
einnahmen aus der Einkommensteuer in England von einer Mil-
liarde Goldmark im Jahre 1913 auf jetzt fast 7 Milliarden ge-
steigert hat. (Hört! Hört! bei den Soz.) 1913 zahlte der englische
Einkommensteuerpflichtige pro Pfund 1.2 Schilling, während des
Krieges 6 Schilling und jetzt 4 Schilling, also 20 Prozent tatsäch-
licher Belastung der Einkommen, die über die Mindest-
grenzen hinausreichen. Die Erbschaftsteuer bringt dort mehr als
bei uns die Einkommensteuer. 1924 brachte die deutsche Erbschafts-
steuer ganze 26 Millionen, also nur 2 1/2 Prozent des Betrages, der
in England durch dieselbe Steuer aufgebracht wurde. Die Erb-
schaftssteuer in England hat allein den doppelten Ertrag der Erb-
schafts- und Vermögenssteuer in Deutschland zusammen genommen
gebracht. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Noch eine Bemerkung über die Ausgaben im eng-
lischen Budget. Obwohl in England die Einnahmen zum
größten Teil aus den Besteuerungen kommen, ist festzustellen, daß der
Umsatz der sozialen Lasten in Deutschland weitaus hinter Eng-
land zurückbleibt. In dem von Churchill vorgelegten Budget sind
allein 3 Milliarden Goldmark für Erwerbslosen-
unterstützung entfallen. (Hört! Hört! bei den Soz.) Auch
der Vergleich mit dem Steuerwesen anderer Länder fällt zu
ungunsten Deutschlands aus. In Frankreich ist das Einkommen-
minimum wesentlich höher als bei uns, der Tarif beginnt mit
2 Prozent und endet mit 50 Prozent. Selbst in Österreich,
das gleich uns große Lasten aus dem Krieg zu tragen hat, ist das
Einkommen nicht im entferntesten so angepaßt wie bei uns.
Wenn man die Belastung des Arbeitseinkommens durch Lohn-
steuer und Verbrauchssteuern zusammenrechnet, so ergibt sich, daß
ihm der Aufwand für seinen Lebensunterhalt für volle zwei
Monate weggelassen wird. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wenn man
bei den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums keine Wände-
rung, sondern nur eine Verschärfung dieser Sachlage entdecken
kann, so erhält man ein Bild von dem Sinn der „Lohn- und
Schicksalsgemeinschaft“, von der der Reichsfinanzminister
in seiner einleitenden Rede gesprochen hat. (Sehr wohl! bei den
Sozialdemokraten.)

Diese Überbelastung der Masse ist in erster Linie aus sozialen
Erwägungen zu belegen; sie ist aber auch die wichtigste Ursache
unserer Wirtschaftskrise, die aus der fehlenden Konzentration der
Masse unserer Bevölkerung hervorgeht. (Sehr richtig! bei den
Soz.) Einseitige Unternehmenskreise sind längst für die Her-
stellung der Löhne eingesetzt, weil sie ohne Belastung
des Binnenmarktes keine volle Beschäftigung der Gesamt-
produktion erwarten. Unsere Steuerbelastung aber tut das Gegen-
teil; sie geht von außerordentlich niedrigen Löhnen aus, raubt den
Masse ein Gehalt, bis ein Anteil ihrer Kaufkraft, führt zur
Verknappung in den Konsummittelindustrien und verzerrt die
Tendenzen in Preissteigerungen, weil der Verkauf in der Wirtschaft
nicht befreit wird. Dazu kommt die Erhöhung der Ab-

satzfähigkeit auf dem Weltmarkt, weil eine Kon-
kurrenzfähigkeit die volle Beschäftigung der Unternehmungen und
die Verbilligung der gesamten Produktion voraussetzt. Die Vor-
schläge des Reichsfinanzministeriums erziehen aber auch den
Sparsinn unserer Bevölkerung. Die Vorschläge setzen zwar
eine Begünstigung der Kapitalbildung vor, aber nur bei den
jüngsten Schichten unseres Volkes, die es verstanden haben,
ihre Vermögen durch den Krieg und über die Inflationszeit
hin aus zu erhalten. (Sehr wohl! bei den Soz.) Das Reichsfinanz-
ministerium meint, ohne diese Vorschläge gäbe es keinen Weg, die
Steuermoral zu heben. Die Reichsregierung sollte sich doch aber
in England darüber unterrichten, wie dort die Steuermoral zu-
stände gekommen ist. Der Reichsfinanzminister sollte sich nicht dem
Standpunkt des Führers des Brandenburgischen
Landesbundes annähern, des Herrn von Ragner, der erst
kürzlich wegen Aufforderung zur Steuerhinter-
ziehung eine erhebliche gerichtliche Strafe erhalten
hat. (Hört! Hört! bei den Soz.) Durch den Abbau der Steuern
kann die Steuerkraft nicht gehoben werden. Auf diesem Wege
werden Sie keine Erträge finden und zu der idealen Steuer-
moral erst dann kommen, wenn Sie keine Steuern mehr erheben.
(Zustimmung und Heiterkeit links.)

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu der
Reform der Reichsregierung ist der: Angesichts der bisherigen
Entwicklung unserer Finanz- und Steuerverhältnisse halten wir
jede Ermäßigung der Besteuerungen für unzulässig, solange nicht
die Massenbelastung erheblich gemindert worden ist. Wir ver-
langen, daß die Lohnsteuer in kürzester Frist erheblich abgebaut
wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ohne Kenntnis des Reichs-
tagesausschusses und ohne gesetzliche Ermächtigung hat das Reichsfinanz-
ministerium die Einkommensteuer für die Voraus-
zahlungspflichtigen ermäßigt, gleichzeitig aber auch
das von der Sozialdemokratie gestellte Verlangen nach Er-
mäßigung der Lohnsteuer abgelehnt. (Hört! Hört!
bei den Soz.) Die Lohnsteuer wurde bei der Beratung der
zweiten Steuerentwürfe auf einen jährlichen Ertrag von
720 Millionen geschätzt, sie hat 1320 Millionen erbracht, also etwa
das Doppelte. Dieser Mehrertrag ist erzielt worden, obwohl
im vergangenen Jahre die Steigerung der Löhne nur eine
Steigerung der Nominallöhne war und nicht eine Steige-
rung des Reallohnes. Sie ist nur zum kleinen Teil durch
stärkere Beschäftigung erbracht worden, in erster Linie aber da-
durch, daß sich die tatsächliche Belastung der Lohn-
und Gehaltsempfänger um 1,5 Prozent erhöht
hat. Zur Lohnsteuer verlangt die sozialdemokratische Fraktion die
Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 60 Mark monatlich
auf 100 Mark. Ferner prozentuale Ermäßigungen für
Frau und Kinder durch feste Beträge und die Wieder-
anrechnung erhöhter Werbungskosten. Wir verlangen
ferner die volle Gutbringung der Lohnsteuerermäßigungen auch
bei Ausfall an Arbeitseinkommen infolge Er-
werbslosigkeit, Kurzarbeitszeit, Krankheit usw.
(Sehr richtig! bei den Soz.) Das Reichsfinanzministerium hat in
früheren Beratungen demgegenüber auf den voraussichtlich dadurch
entstehenden Ausfall verwiesen, den es bei Erhöhung des
steuerfreien Betrages von 50 auf 60 Mark auf 200 Millionen
errechnet. Eingetretten ist kein Ausfall, sondern eine wesen-
tliche Erhöhung. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Wir fordern neben der Ermäßigung der Lohnsteuer den
Abbau der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer ist der wirkliche Feind
der Wirtschaftsentwicklung. Es ist kein Zweifel, daß
insbesondere die Fertigfabrikate durch die zahlreichen Umsatz-
steuerarten fast mit 10 Prozent Steuern belastet sind. Gleichzeitige
ist sie eine ungeheure Sondergewinnsteuer für diejenigen Unter-
nehmen, die die Umsatzsteuer von sich aus erheben können.
Daher wird die Konzentration der Unternehmungen, die Gewalt
kleiner Kreise über die gesamte Wirtschaft, ungeheuer gefördert. Das
Kartellwesen geradezu verewigt. (Sehr richtig! bei
den Sozialdemokraten.) Im übrigen wird das gesamte Wirt-
schaftsleben mit einem viel höheren Betrag belastet als tatsächlich
in die Reichskasse fließt, weil zu jeder Erhebung der Umsatzsteuer
noch ein Sondergewinn hinzukommt. Wir halten daher die For-
derung für berechtigt, daß die Umsatzsteuer zurück auf 10 Prozent
herabgesetzt wird, mit dem Ziel, sie ganz zu beseitigen. (Sehr
richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bisherigen Ermäßigungen
der Umsatzsteuer haben gezeigt, daß nur ein Teil des erwarteten
Ausfalls eintritt und daß dieser Ausfall durch eine Senkung
der Produktion, durch eine Verknüpfung der Kauf-
kraft und durch eine Verarmung der steuerpflichtigen Um-
sätze wieder wettgemacht wird. Wir glauben, daß jetzt ein
Steuerverhältnis zu finden ist, bei dem der Abbau der Umsatz-
steuer auf dieses geringe Maß sich durchführen läßt. Wenn der
Reichsfinanzminister sagt, daß der Abbau dieser beiden Steuern
kaum möglich ist, wenn man das Gleichgewicht im Budget auf-
recht erhalten will, so erkläre ich ganz offen: Wir haben das
Reichsfinanzministerium so oft falsche Angaben und so selten
richtige bekommen, daß die Herren davon von uns erwarten
kann, daß wir ihre Angaben als sichere Unterlagen werten
wären. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir
erst zu dem Zustand kommen, wie ihn Churchill jetzt (als Leistung
unseres Genossen Smolens) mitgeteilt hat, daß bei einem Budget
von 16 Milliarden Mark, die tatsächlichen Einnahmen von dem
Voranschlag nur um 6 Millionen Mark abweichen, dann werden
wir auch Ihren Angaben unbedingtes Vertrauen schenken. (Sehr
auch und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bei dem von
Reichsfinanzminister genannten Überschuß von 394 Millionen fehlt
der Betrag der Mindestausgaben, es fehlen die Ausgaben über
die Zinsausgaben für die ausgeliehenen Gelder, für die Ueber-
schüsse aus den Vermögenswerten, es fehlt das Guthaben bei den
Reparationsrenten, es fehlen die Ausgaben, welche Beiträge

Die französischen Gemeindevahlen.

Ausgang der Reaktionäre und Kommunisten.

Paris, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch noch keine endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen ausstehen, so ist die große Zahl der erforderlichen Stimmwähler noch nicht erreicht. Das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag ist vorläufig genau zu ersehen, so steht doch der entscheidende Sieg, den in ganz Frankreich die Parteien der Linken erlangen haben, bereits außer Zweifel. Nach einer vorläufigen Statistik haben von den Städten und großen Gemeinden mit dem Sitz einer Präfektur oder Unterpräfektur bereits in 15 die Sozialisten, in 4 die republikanischen Sozialisten, in 8 die Radikale-Sozialisten und in 8 die Radikale Linke, die Mehrheit. Das macht 118 Gemeinden, in denen sich das Kartell der entscheidenden Einfluss auf die Leitung der städtischen Politik zu sichern vermocht hat, gegen 25 Gemeinden in denen die gemäßigten Republikaner und 35, in denen die Rechte die Mehrheit erlangt haben. Auch in Paris selbst ist die Lage für das Kartell weit besser, als nach den ersten Ergebnissen zu erwarten war. In den 49 Bezirken, in denen bereits der erste Wahlgang entschieden war, hat zwar der Nationale Block sein bisheriges Bestehen zu behaupten und 39 auf die den vorliegenden reaktionären und gemäßigten Gruppen zugehörigen Listen gegen 8 Mitglieder des Kartells und 2 Kommunisten durchzubringen vermocht. Dagegen stehen die Kandidaten der Linken für die Stichwahl durchwegs sehr günstig, so daß auch für Paris, das von jeder Seite eine Hochburg der Reaktion gewesen ist, eine nicht unbeträchtliche Gewinnung nach links zu erwarten ist.

Eines der bemerkenswerten Ergebnisse des Sonntags ist neben der Niederlage der Reaktion die Massenflucht der Arbeiterklasse aus den Reihen der Kommunisten, die eine neue vernichtende Schlappe erlitten haben. In Paris sind ihre Stimmen von 131 386 am 11. Mai 1924 auf 98 739 zurückgegangen, während die sozialistische Liste mit 117 327 an 20 000 neue Anhänger gewonnen hat. Noch empfindlicher ist die Niederlage der Kommunisten in den Orten der Pariser Banne. Dort hatten sie bei den 5. Wahlen des vergangenen Jahres nicht unbeträchtliche Stimmen zu erzielen vermocht, auf Grund deren sie sich zu der Hoffnung berechtigt glaubten, den größten Teil der meist von Arbeitern und Angehörigen benutzten Gemeinden der nächsten Umgebung der Hauptstadt zu erobern. Seit Wochen hatte die „Humanität“ damit gepöbeln, daß die kommunistische Partei die Hauptstadt mit einem „roten Gürtel“ kommunistischer Gemeindevorkämpfer umgeben werde. Von Moskau war, was die intensive Agitation der Kommunisten veranlaßt hat, mit Geld und Propagandamaterial nicht gespart worden. Aber der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben, und auch in der Pariser Banne haben die Kommunisten einen starken Rückgang an Stimmen zu verzeichnen, der ausschließlich dem Linkskartell und insbesondere den sozialistischen Kandidaten zugute gekommen ist. Eine ganze Reihe ihrer Führer, an deren Erfolg die Kommunisten nicht zweifeln hatten, sind bereits im ersten Wahlgang durchgefallen oder sind zwar in die Stichwahl gekommen, haben dort aber keinerlei Aussicht gemacht zu werden. Der „Paris Echo“ war nicht ganz unecht, wenn er diese neue, schwere Niederlage des Kommunismus zu einem Teil auf die Wahlhilfe zurückführte, die die deutschen Kommunisten bei der Präfekturwahl dem Kandidaten der Reaktion und des Militarismus geleistet haben und als eines der entscheidenden Ergebnisse der Wahl die Tatsache bucht, daß man in den Reihen der französischen Arbeiterklasse endlich zu begreifen beginnt, daß der Kommunismus, sei es aus Dummheit oder politischer Forderung, der gefährlichste Bundesgenosse der Reaktion ist.

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Sulzei, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat beschlossen, den Antrag der deutschen Regierung, über den deutsch-rumänischen Konflikt einen englischen Schiedsgericht herbeizuführen, abzulehnen. Die Regierung will in einer Note Deutschland einladen, auf einer Konferenz die Differenzen durch direkte Verhandlungen beizulegen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Schiffkollision in Litauen. Der sozialdemokratische Sejm Abgeordnete Dackelis ist am 1. Mai in Schaulen (Litauen) eine Verkehrsunfallung. Auf dem Heimwege wurde er gegen 12 Uhr nachts auf der Straße von zwei mit Schusswaffen bewaffneten Männern überfallen und in beständiger Welle zugeworfen. Der Schwereverletzte blieb auf der Straße liegen und wurde am nächsten Morgen von Passanten gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Als Täter kommen sozialistische Elemente in Frage.

Belgisch-litauische Einigung. Die Minister des neutralen Letlands und Litauens haben sich über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages sowie von Konventionen betreffend das Grenzgebiet, Fischerei und Holzforsten geeinigt. Es wurde ferner die Frage eines Handelsvertrages geprüft, der zur wirtschaflichen Union der beiden Länder führen soll. Die Minister haben schließlich die Einberufung einer Konferenz der Außenminister von Letland, Litauen und Estland zum Beginn des Juni in Riga beschlossen. Es wurde festgelegt, daß in den Fragen der allgemeinen Politik keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern bestehen.

Die Kämpfe im Ait. Die gegen die Truppen Abdel Kerims wegen ihres Angriffes auf die französische Zone aufgetretenen französischen Streitkräfte haben durch einen überraschenden Angriff den Aitabai eine empfindliche Schlappe beigebracht. Den französischen Truppen sind Gefangene und zahlreiches Material in die Hände gefallen.

Kommunistenkonferenz in England. Die englische Regierung hat den Kongreß, den die Kommunisten in Glasgow abhalten wollten, verboten und die Behörden angewiesen, dieses Verbot mit allen verfügbaren Mitteln durchzuführen.

Polen verzichtet auf einen französischen Kredit. Die „Petit Parisien“ meldet, daß der polnische Botschafter gegen die französische Regierung mitteilt, keine Regierung verzichte auf die letzte Zahlung der heimgeleiteten Polen bewilligten Kredits von 400 Millionen Francs, die zum Zwecke der nationalen Verteidigung von französischen Parlament genehmigt worden waren. Das Blatt bringt diesen Beschluß der polnischen Regierung mit der gebesterten Finanzlage des Landes in Verbindung.

Der Spezialausfluß der Interparlamentarischen Vereinigung. In Paris zu einer Konferenz zusammenzutreten, die der Vorbereitung der für den Herbst dieses Jahres in Washington in Aussicht genommenen Vollversammlung der Vereinigung ist. Die Verhandlungen, bei denen Deutschland durch den Abgeordneten Schilling und den ehemaligen Reichsminister Heide vertreten ist, finden unter dem Vorsitz des früheren Schweizer Finanzministers A. de Sarsatz statt. Die Vollversammlung der Vereinigung wird nach den gestrigen Beschlüssen am 1. Oktober in Washington zusammenzutreten und ihre Beratungen auf Einladung der Regierung von Canada in der Hauptstadt dieses englischen Dominions fortsetzen. Deutschland wird nach Washington eine Delegation von 35 Mitgliedsmitgliedern entsenden, der die Führer sämtlicher politischer Parteien angehören sollen. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen u. a. folgende Fragen: Die Krise des Parlamentarismus, die Ehrbarkeit und das Problem einer europäischen Zollunion.

Eine Beizugsmedaille. Der Entzerrung an ihren großen Führer Hjalmar Branting hat die schwedische sozialdemokratische Partei eine Gedenkmedaille prägen lassen, die gegenwärtig den Prämienfonds ausgegeben wird. Die Medaille trägt auf der einen Seite das Bild Brantings im Profil auf der Rückseite eine Gruppe von Frauen die Inhaftierten in künftiger Strafanstalt. Der Text lautet: „Die Welt bewegt die Welt.“

Der Schlesische Provinziallandtag

tritt heute in Breslau zu seinen voraussichtlich letzten Tagungen vor der allgemeinen Neuwahl der Selbstverwaltungsvertretungen in Kreis und Provinz zusammen. Der Termin dieser Neuwahl steht noch nicht fest, da der Preussische Landtag über der ewigen Aussenmacherei der Rechtsparteien noch nicht zur Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen dazu gekommen ist. Schon die jetzige Provinziallandtagstagung ist aber nur noch auf Grund einer außergewöhnlichen Verlängerung der Wahlperiode über die gesetzliche Normalzeit hinaus möglich. So wird die Erwartung der Neuwahlen sicherlich schon in die Tagung hineinspielen, zumal ja zur Entlastung der Wähler eine gleichzeitige Neuwahl dieser Selbstverwaltungsvertretungen mit dem Preussischen Landtag nicht unerwünscht wäre.

Der sachliche Beratungsstoff der heute beginnenden Tagung gibt in seinen Hauptpunkten allerdings weniger Anlaß zu hochpolitischen Gegenständen als zur Hervorhebung heimatsicher Gesichtspunkte. Der Provinzialausfluß legt vor allem grundlegende Neuordnungen des schlesischen Wegebaues vor, deren wirtschaftliche Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. In Anpassung vor allem an die moderne Entwicklung des Autoverkehrs übernimmt darin die Provinz von den Landkreisen die Pflege der Hauptlandstraßen zu einheitlicher Ueberwachung und Finanzierung. Einer Nachprüfung wird die Frage bedürfen, wie weit hier die Stadtkreise an Lasten und Vorteilen dieser Neuordnung beteiligt sind. Außer Frage steht aber, daß gerade das im Wasserverkehr bisher so besonders ungünstig gestellte Schlesien jede Verbesserung seines Landverkehrs als Förderung seiner gesamten Wirtschaft ansehen muß und Opfer dafür nicht scheuen darf.

Unter den anderen Vorlagen des Provinzialausflußes sind für die arbeitenden Klassen diejenigen über das Fürsorgewesen besonderer Aufmerksamkeit wert, das immer noch mit verhältnismäßig geringem Anteil im Gesamtetat der Provinz ausgaben vertreten ist, ebenso wie sich die Ausgaben für Kunst und Wissenschaft, u. a. für unsere entsprechend konservativen Museen, in überaus bescheidenem Rahmen bewegen. Für all diese Fragen und andere — wie die Verteilung der landwirtschaftlichen Staatskredite durch die Provinz — wird die Tagung des Provinziallandtages das Interesse hoffentlich wieder etwas beleben. Erhebt der Arbeitsstoff der provinziellen Selbstverwaltung äußerlich vielleicht etwas trocken, so ist er sachlich doch bedeutsam genug und für den daran Mitarbeitenden eine gute Schulung für die Beurteilung der weiterreichenden Fragen der Staats- und Reichspolitik. Gerade die arbeitenden Klassen haben in dieser Schulung der Selbstverwaltung überall nicht den schlechtesten Teil ihrer späteren Führerschaft in der großen Politik erproben.

Schlesien und die tschechisch-polnische Einigung.

Einer seit Kurzem in Breslau erscheinenden „Schlesischen Provinz-Korrespondenz“ entnehmen wir die folgenden Ausführungen, deren nützlichere Beurteilung der außenpolitischen Einstellung unserer östlichen Nachbarn wir zustimmen müssen:

Die Worträge, die der tschechische Außenminister Doktor Beneš in der vorigen Woche bei seinem Besuch in Warschau mit dem polnischen Außenminister Grafen Skrzynski zum Inhalt gebracht hat, berühren nicht nur die Interessen der beiden vertragshaltenden Staaten. Sie haben mit Recht in der ganzen europäischen Presse Beachtung gefunden. Ganz besondere Aufmerksamkeit aber sollte das deutsche Schlesien der Neuordnung der Beziehungen zwischen seinen beiden Nachbarstaaten widmen. Hat doch in der Vergangenheit der böhmisch-polnische Gegensatz für Schlesiens Geschichte entscheidende Bedeutung gehabt, wäre doch ohne die Spannung zwischen der Krone Böhmens und den polnischen Lehnsherren ein einheitliches und damit ein der deutschen Kultur gehörtes Schlesien niemals zustande gekommen. „Schlesien von Tschechen und Polen bedroht!“

In so mancher Hinsicht der letzten Jahre ist diese Redebeziehung wohl gebracht worden. Selten haben die Redner dabei behauptet, daß Polen und Tschechen ja bisher untereinander durch schwere Streitfragen getrennt waren. Zu den territorialen Streitfragen um das geteilte Lehen, um das den Tschechen zuge-

hörte Sandomir-Ländchen kamen Rednungen wegen der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei, die sich ebenso wie die dortigen Deutschen, Magyaren usw. über ungleiche Rechtsbehandlung zu beschwerten hatten. Unerwartet begünstigten die Tschechen die Selbstständigkeitsbestrebungen der unter polnischer Herrschaft lebenden östgalizischen Ukrainer, von denen so mancher von der polnischen Politik nach Prag entwich, um dort mit tschechischen Regierungskreisen eine besondere ukrainische Hochschule befragen zu können. Trennt doch nur der verhältnismäßig geringe östgalizische Randstreifen zwischen Larnopol und Kologra das von den Tschechen beherrschte Karpatenland von der russischen Grenze und damit vom europäisch-asiatischen Diktat der Zukunft.

Nicht alle diese Gegenstände sind durch die Warschauer Verträge aus der Welt geschafft worden. Wohl aber ist ein Weg gebahnt, sie in Zukunft friedlich auszugleichen. Ein tschechisch-polnisches Schiedsgericht, das dem jeweiligen Präsidenten der Schweiz oder einen von ihm benannten Stellvertreter als neutralen Vorsitzenden hat, wird von beiden Staaten als verbindlich anerkannt. Ein Handelsvertrag auf der Grundlage der Weisbegünstigung öffnet der tschechoslowakischen Industrie außerdem den polnischen Markt und gibt ihr auch die Durchfuhr durch Polen auf friedlichem Wege frei.

Für den deutschen Schlesier kann es bis zu einem gewissen Grade beruhigend wirken, daß zwischen Prag und Warschau kein militärisches Bündnis, sondern nur Abmachungen zur Sicherung des Friedens durch Rechtsmittel und Wirtschaftsverbindungen abgeschlossen wurden. Der Gedanke, Polen in die kleine Östliche anzunehmen, der von gewissen tschechischen Kreisen in beiden beteiligten Hauptstädten empfohlen wurde, ist endgültig verworfen worden. Tatsächlich dürfte der demontierten Unterlassung jedes Bündnisvertrages mit tschechischer Spitze gegen Deutschland bei den gegenwärtigen Regierungen in Prag und in Warschau trotz aller Heße der nationalistischen Presse ein wichtiger nächster Friedenswille entprochen.

Polen hat sich aus seinem Zuwachs aus ehemals polnischen Reichsgebiet wirtschaftliche Sorgen genug geholt. Zumal in Oberschlesien ist ihm die Umstellung der Industrie östlich der neuen Grenzen in keiner Weise gelungen. Es kann keine weitere Befähigung mit demartig schwer zu verdaulenden Bissen wünschen, wenn es nicht die sozialen Gegenstände im eigenen Lande verschärfen will. Der Tschechenstaat hat gleichfalls genügend fremdnationale Bevölkerungsreste, um in dauernder Sorge wegen der ungeliebten Probleme zu leben, die aus dem Gegensatz im gleichen Staat zusammengesparten Nationalitäten entstehen. Nur mit Mühe vermag die Prager Regierung die Slowaken teilweise bei der tschechischen Herrschaft festzuhalten und dadurch überhaupt erst eine tschechoslowakische Mehrheit im Staate herzustellen, die die Tschechen allein zahlenmäßig nicht aufbringen könnten. Da die wirtschaftlichen Spannungen vor allem zwischen der Arbeiterklasse über die großartigen Interessen sich auch hier verhalten, spricht man bereits in der tschechischen Regierungskreise von der eventuellen Notwendigkeit, nach dem etwaigen Auscheiden der tschechischen Sozialisten aus der seit 1918 bestehenden Koalitionsregierung eventuell deutsch-bürgerliche Vertreter an der Regierung zu beteiligen. Eine weitere Stärkung des deutschen Elements durch Emigration weiterer nicht-tschechischer Gebiete muß also gerade tschechisch-nationale Prager Politiker mehr schrecken als locken.

Die einzige unter den Warschauer Abmachungen, die überhaupt den Kriegsfall ins Auge faßt, betrifft nicht Deutschland, sondern Rußland. Es ist die Freigabe von Munitionsbefreiung durch die Tschechoslowakei im Falle eines polnisch-russischen Krieges. Für Deutschland und speziell für Schlesien, das im letzten polnisch-russischen Krieg 1922 diese Befreiung erhalten mußte, bedeutet es eine Entlastung, wenn dieses tschechisch und politisch gefährliche Material jetzt andere Wege gehen wird.

Bedenken die Warschauer Verträge also keine neue Gewaltandrohung gegen Deutschland, so stellen sie doch eine erste wirtschaftspolitische Mahnung an den deutschen Osten dar, da sie eine weitgehend polnisch-tschechische wirtschaftliche Verständigung an Stelle bisheriger Abneigung der beiden Nachbarn setzen. Die Schwierigkeiten des ostwärts tschechischen Kohlenabfluges, die bisher der deutschen Handelspolitik als Druckmittel gegen Polen dienen, werden durch die Erleichterung des polnischen Kohlenabfluges nach Ungarn und deutsch-Österreich gemildert. Andererseits wird die tschechoslowakische Industrie jetzt als ernsthafter Konkurrent auf dem polnischen Markt auftreten, wofür sie bisher nur ungefähr ein Viertel der deutschen Ausfuhr ausfuhrte. Auf der polnischen Seite im Mai sind zum ersten Male zahlreiche tschechische Aussteller angemeldet. Diesen Tatsachen werden die deutschen Unterhändler für unsere eigenen Handelsverträge mit Polen Rechnung tragen müssen, indem sie nicht mehr allzuviel Hoffnungen auf eine ohnehin zweifelhafte Ausnutzung der Notlage Ostoberschlesiens setzen und sich dafür weniger um den Schutz der deutschen Kohlenexporte gegen Unterbietung, als um die Förderung des deutschen Exports bemühen. Auch der Reichskammler Luther hat ja die Bedeutung der deutschen Exportförderung für unsere ganze wirtschaftliche und politische Entwicklung schon einseitig betont. Im Osten wird sie nur möglich sein, wenn wir den neu erreichten Vorsprung der tschechoslowakischen Kohlenexporte einholen können und keine Möglichkeit vorübergehen lassen, Polen aus der Barriere, die es nach den Friedensverträgen sein soll, zu einer Brücke nach Osteuropa zu machen.

Aus aller Welt.

Zum Eisenbahnunglück im polnischen Korridor. Von dem in Dirschauer Krankenhaus liegenden, bei dem Stargarder Eisenbahnunglück schwer verletzten Personen ist gefahren feil noch der Kaufmann Jegor aus Riga gestorben. Im Dirschauer Krankenhaus befinden sich noch sechs Verwundete, zwei Frauen und vier Männer, darunter der polnische Lokomotivführer.

Schwerer Unfall beim Automobilrennen. Bei dem getrigen Quindbergenrennen bei Göttingen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, so daß das Rennen kurz vor Schluß abgebrochen wurde. Ein Wagen aus Eisenach kam kurz vor Schluß des Rennens bei einer Ueberholungsmanöver zu weit über die Kurve hinaus und geriet nach Angabe von Augenzeugen mit einem Rad auf den Graben, wodurch der Führer die Gewalt über das Steuer verlor. Der Wagen fuhr infolgedessen in die Zuschauermenge und überschlug sich mehrere Male. Nach den bisherigen Feststellungen wurde ein Zuschauer schwer verletzt. Von den Insassen erlitt einer schwere Rippenbrüche, ein anderer mehrere Knochenbrüche.

Geophazer im Waldschneefraß. In den Bärenwäldern des Waldschneefraßes nach in der Nacht zum 4. Mai Feuer aus, das rasch um sich griff und sämtliche Bären einäscherte. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt. Der Schaden ist sehr groß.

100 Prozent Wahlbeteiligung! Die Gemeinde Gög bei Treuen hat reiflos ihre Wahlpflicht ausgeübt. Alle 34 Wähler (100 Prozent) haben ihren Stimmen abgegeben, allerdings 7 unglückliche.

Ein Mordanschlag. Die neueste Attraktion des Londoner Zoo ist ein Zwergschaf, Dojak genannt, der jedoch aus seiner wachstümlichen Heimat an Bord des Dampfers „Patria“ über Liverpool an seinen Bestimmungsort abgetrieben ist. Dojak ist knapp 120 Zentimeter hoch. Da er erst ein Jahr alt ist, kann er allerdings noch etwas wachsen. In keinem Eingangsverzeichnis findet er sich.

Die Welt bewegt die Welt. Die neueste Attraktion des Londoner Zoo ist ein Zwergschaf, Dojak genannt, der jedoch aus seiner wachstümlichen Heimat an Bord des Dampfers „Patria“ über Liverpool an seinen Bestimmungsort abgetrieben ist. Dojak ist knapp 120 Zentimeter hoch. Da er erst ein Jahr alt ist, kann er allerdings noch etwas wachsen. In keinem Eingangsverzeichnis findet er sich.

Flieger-März.

Vorgestern nachmittag stürzte auf dem Göttinger Weidungsplatz bei Dümig ein Militärflugzeug aus 60 bis 70 Meter Höhe ab. Beim Ausfall explodierte der Benzinschleifer, das Flugzeug fing Feuer und verbrannte vollständig. Die verletzten Leichen der beiden Flieger wurden geborgen.

Die Feuerbestattung in den europäischen Ländern.

Eine statistische Tabelle gibt eine Uebersicht über die gegenwärtig bestehenden Feuerbestattungsstellen. Danach gibt es in Italien 33, in der Schweiz 17, in Frankreich 5, in England 15, in Holland 1, in Dänemark 2, in Schweden 3, in Norwegen 3, in der Tschechoslowakei 6, in Deutschland 71, in Österreich 1, in Rußland 1 Verbrennungshalle. Das erste Krematorium wurde in Mailand erbaut und zwar im Jahre 1876.

Giftgas als Sentenzmittel.

Der amerikanische Bundesstaat Nevada hat beschlossen, im Interesse der Menschlichkeit die Todesstrafe fortan durch Anwendung von Giftgas vollstrecken zu lassen. Die erste Hinrichtung dieser Art wird demnach an einem ungarischen Grabarbeiter namens Stanlo Jutich vollzogen werden, der wegen Ermordung seiner Braut zum Tode verurteilt wurde und im Gefängnis von Carson-City seinem Schicksal entgegensteht. Nach den amerikanischen Gesetzen muß die Todesstrafe innerhals von fünf Tagen nach erfolgter Urteilsverkündung vollzogen werden. Aber erst im letzten Augenblick wird dem Verurteilten sein Schicksal mitgeteilt. Nach dem neuen System des Strafvollzuges bleibt er indessen über sein Schicksal überhaupt im unklaren, da das tödliche Gas durch eine besondere Vorrichtung, während er schläft, in seine Nase eingeatmet wird. Auf diese Weise wurde im vergangenen Jahre in San Francisco bereits der Giftgas-Mörder George J. Geisler getötet. Schon damals erhob die Presse und die öffentliche Meinung gegen die neue Form des Strafvollzuges Einwürden, und diese werden jetzt mit dem Hinweis wiederholt, daß die Angst und die Ungewissheit, in der sich der Verurteilte befindet, nur ein wenig weniger schmerzhaft sei als das bisher übliche Verfahren.

Stadttheater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Der Barbier von Bagdad“.
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 12. Vorstellung im Abonnement
 12. Aufführung!
„Der Jahrmarkt von Gossypolung“
 Sinfonie:
 Bilder einer Ausstellung.
 Donnerstag 7 Uhr:
„Die Walfäre“.

Thalia-Theater
 Sie haben nur noch kurze Zeit Gelegenheit, den großen **Schwanksschlager „Der wahre Jakob“** mit Stössel zu sehen.
 Anfang 8 Uhr.
 2201

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Telefon Ring 2545
 Täglich 8 Uhr: 2232
 In neuer Ausstattung:
„Die Geliebte Sr. Hoheit“
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Cio-Cio“
 oder
Der Schrei nach dem Rinde.

Lobe-Theater.
 Tel. R. 6774 u. R. 6700.
 Dienstag, Mittwoch, 8 Uhr:
Romeo und Julia
 Trauerspiel v. Shakespeare
 Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr:
 Zu kleinen Preisen:
„Die Journalisten“
 Lustspiel v. Gustav Freytag

Reizvolle elegante
Frau- u. Hof-Plausche
H. Mohaupt
 Karlstraße 1, L. Tel. R. 1301
 früher Albrechtstraße.
B. Wollferge
 Wtr. 1.40-2.50 Wtr., Käser Wtr. 70 Pf., Leinwand Wtr. 45 Pf. bis 1.50 Wtr., Hermetischer 90 Pf. bis 1.30 Wtr., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf., 2119 Kernleiste 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert.
 Heimlichstraße 16.

Lieblich-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Gastspiel

Hartstein
 in dem Lachsclager:
Der lachende Fridolin
 oder
Wer ist der Papa?
 und das **internationale Variété-Programm**
 Ermäßigte Sommerpreise von 0.50 Mk. an.

Ausgewählt und eingeleitet von **Dr. Konrad Haenisch** †
 erschien soeben in Taschenausgabe:
Ferdinand Lassalle
 Der Mensch u. Politiker in Selbstzeugnissen
 Preis 2 Mark (Halbleinen)
 Auswärts nur gegen Voreinsendung und 50 Pf. Porto.
Volkswachtbuchhandlung Breslau 3
 1. September 1925

Victoria-Theater
 Ein neuer Film mit ärztlichem Vortrag über
Die Geschlechtskrankheiten
 Täglich ab Dienstag 10 1/2 Uhr abends
Nachtvorstellung: Nur für Herren!
 Außerdem: Ab heute Dienstag:
 Täglich 6 1/2 Uhr nachm.: **Nur für Damen!**
Sonntags:
 Mittags 12 Uhr: **Herrn-Vorstellung**
 Nachm. 4 Uhr: **Damen-Vorstellung**
Für Jugendliche unter 16 Jahren strengstens verboten!
Die Film-Oberprüfstelle hat
 auf Grund von Sachverständigen-Urteilen die **öffentliche Vorführung gestattet**
 und u. a. folgende Gründe geltend gemacht:
 Man müsse davon ausgehen, daß im Deutschen Reich jährlich **1 Million Neu-Erkrankungen** zu verzeichnen seien! ... daß man an das Problem nicht mehr mit der früher geübten Heindlichkeit herangehen könne (siehe Gutachten der Oberprüfstelle Berlin No. 31 vom 30. Januar 1925).
Väter! Kommt mit Euren Söhnen! Mütter! Kommt mit Euren Töchtern!
Falsche Scham ist nicht mehr am Platze!
 wenn es sich darum handelt, Eure eigenen Kinder vor späteren Verdächtigungen zu bewahren!
 Die wissenschaftlichen Begleitvorträge werden von Breslauer Fachärzten gehalten.
Preise 50 Pf. und höher.
 Abends 8 Uhr:
Bühnen-Gastspiel Elfriede Mertens:
So'n Luderchen.

Biochemie!
 Am Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saal des **Konzerthausens**, hält der hier bestbekannte Physiologe **Friedrich Robert**, Berlin-Schöneberg, seinen
Aufklärungs-Vortrag
Mußte unser Reichspräsident Friedrich Ebert schon sterben?
 Notwendige medizinische Betrachtung von **Friedrich Robert**, dem Verfasser der Schrift: „Die Medizin seit 300 Jahren eine Irlehre“.
 Einlaß 7 Uhr. Beginn 8 Uhr.
 Große Eintritt: 50 Pf. Mitglieder frei.
Biochemischer Verein Volkswohl (Säugsternung Odenburg).
 F. Fink, 1. Vorsitzender.

BRESLAUER WELT-BÜHNE
Lichtspielhaus, Friedr.-Wilhelm-Straße 35.
 Beginn: 6 und 10 1/2 Uhr.
13 Akte!
Der Welt bester Film
Um Freiheit und Recht!
„Scaramouche“
 2245
Der durchschlagende Erfolg!

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankel! Lerne die **Welsprache Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.
Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Odeon-Kino
 Taschenstraße 20.
Die Beherrscherin der Tierwelt.
 6 Akte.
 Ferner: 2255
Im Harem verschwunden.
 6 Akte.

Kaiser Wilhelm Theater
 Carlstr. 85.
Nur 3 Tage!
 Eine sensationelle Sitten- und Kriminal-Affäre aus der Gesellschaft!
Frauen auf schiefer Bahn
 6 große Akte. Ferner:
 Der große Wildwest-Schlager:
Die Flucht durch die Wüste
 In der Hauptrolle: Der berühmte **Harry Carey**
 Sensationsdarsteller.
 2244 6 große Akte.

Wartburg Lichtspiele
 Gröbenstraße 98a
Nur bis Donnerstag!
 Der gewaltige Sittenschlager
„Ehe in Gefahr“
 Dieser Film wurde Ende vorigen Jahres in London vor dem engl. Königspaar aufgeführt
 Ferner: **Lya Mara** in dem Großlustspiel:
„Das Mädel von Capri“

Druckerei Volkswacht
 Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6.

Fledermaus
 Lichtspiele
 Oblicher Stadtgraben Nr. 21.
 Im Beiprogramm:
Lary Semon
 und die Schwiegermutter!
 2 Stunden-Programm!

Täglich 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.
 Heut neues Programm!
 Sensationen über Sensationen!
Der Schrecken der Westküste
 2417

Jupiter
 Lichtspiele
 Wartendstraße Nr. 50-52.
 Heut neues Programm!
 Sensationen über Sensationen!
Der Kampf um die Goldmine
 14 Akte!

Täglich 5 Uhr, letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Heut neues Programm!
 Sensationen über Sensationen!
Die Hölle von London
 14 Akte!

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 36

Wahltag! Montag, den 11. Mai, finden in allen Distrikten Versammlungen statt. Richte dich schon jetzt jeder darauf ein!
Dienstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, findet bei Jades, Neuborstraße, eine wichtige Funktionär-Versammlung statt.

Breslauer Nachrichten. Breslau, 5. Mai.

Die betrogenen Sozialrentner.

Als am 12. März eine Rentenerhöhung von 2 Mark, sowie eine Erhöhung der Renten nach monatlichen Kampfen im Reichsrat beschlossen wurden, glaubten die Arbeitslosen und Witwen, es sei doch eine kleine Aufbesserung. Kommt man doch in den meisten Zeitungen lesen, wie gut für uns getorgt wird. Man verschwiegte dabei ganz, daß die Rentenerhöhung schon den größten Teil verlohnt.

Maschinenmarkt und Technische Messe.

Die Messegesellschaft teilt mit: Der am 14. d. M. in Breslau beginnende 56. Landwirtschaftliche Maschinenmarkt und die Technische Messe sind in allen Abteilungen vollständig besetzt. Dem Landwirt und Kaufmann, dem Handwerker und Gewerbetreibenden ist Gelegenheit geboten, all das zu erlangen, was zur intensiven Arbeit und höchsten Leistungsfähigkeit eines modernen Betriebes gehört.

- 10. Mai. Einkommensteuer-Voranmeldung und Vorauszahlung der Monatszahler unter den Gewerbetreibenden für April. Schonfrist eine Woche.
10. Mai. Körperschaftsteuer-Voranmeldung und Vorauszahlung für den Monat April. Schonfrist eine Woche.
10. Mai. Umsatzsteuer-Voranmeldung und Umsatzsteuerzahlung der Monatszahler für den Monat April. Schonfrist eine Woche.

Intendant Tietjen Leiter der Berliner städt. Bühnen.

Die Stadt Groß-Berlin hat dem Breslauer Intendanten Tietjen die Leitung des künftigen städtischen Opernunternehmens angeboten. Tietjen hat sich grundsätzlich bereit erklärt, das Angebot anzunehmen.

Unsere geistige Parteimitgliederversammlung

Es lag sich durch zwei Referate und ausgedehnte Diskussion bis nach Mitternacht hin, so daß wir erst morgen ausführlich darüber berichten können. Eine Resolution des Korrespondenten, Genossen C. Klein, zur Taktik, wurde zum Schluß mit kleiner Mehrheit abgelehnt, eine Resolution gegen die Hindenburgpropaganda der Breslauer Reichsgruppe einstimmig angenommen.

Mai-Andachten.

Der internationale Charakter der katholischen Kirche wie auch ihr Gottesdienst offenbart sich so recht in den sogenannten Maiandachten, die wie in der ganzen Welt, so auch in Breslau allabendlich in allen Kirchen stattfinden. Den schönsten Monat hat die Kirche ausgelobt, der es gewahrt, die Liturgie wirklich in Reizerglanz und Blumenhimmel zu erzählen zu lassen, um die Schönheit, die je zu ihr gehört hat, Maria, die Mutter Christi zu feiern.

Alles recht schön, aber hier mag es wirklich oft zum großen Leid der Schönheit sein, der Blumenhimmel, der Reizerglanz, der Lieblichkeit, gefühlvolle Stimmung, die den Alltag vergehen läßt, was den Gottesdienst ausmacht und die Kirchen füllt. Man halte dagegen die Weltanschauung jener noch weit größerer Schar, die in nächster Lebensaufassung den Alltag nicht vergehen will, ihn vielmehr ruhig ins Auge sieht, die nicht in Gefühlseligkeit schwärmt, sondern den harten Kampf kämpft für die Not der Armen, für die Sklaverei der Schwachen, für die großen, erhabenen Ziele, die Massen zu fördern, zu befreien, alle zu Brüdern und Schwestern zu machen, die sich möglichst gleicher Freiheit, gleicher Wohlhabenheit, gleichem Glücke erfreuen sollen.

Darum muß es als eine Entgegensetzung betrachtet werden, wenn in der Einleitungsrede zu den Maiandachten in der Marienkirche der Pfarrer jener Gemeinde sagte: „Zu einer Messe hat ihr euch hier versammelt, aber nicht zu einer, wie heute draußen die großen Massen, sondern zu einer, die heilige und erhabene Gefühle in euch weckt.“ Darin liegt offenbar eine Verabredung der sozialistischen Arbeiter, da doch auch sie, weil sie ganz auf den Altären der Nächstenliebe und Brüderlichkeit, der Menschlichkeit und Menschlichkeit, und auf dem Aufbau, der auch geeignet ist, zu großen und erhabenen Gefühlen und Taten zu begeistern und so der in Armut und Not und Arbeit leidenden Menschheit zu helfen und zu nützen. Nicht Gefühlseligkeit, die den Alltag vergehen läßt, tut der Menschheit not, sondern Arbeit, harte Arbeit, zielbewusste Arbeit an der Verbesserung des Alltags.

Was tut not im Freiburger Bahnhof?

Ein richtiges Steffiand unter den Breslauer Bahnhöfen ist der Freiburger Bahnhof. Schon rein äußerlich kann man das erkennen, denn er sieht recht mitgenommen aus, und ein wenig mehr fürstliche seitens der Eisenbahnverwaltung könnte ihm nichts schaden. Vor allen Dingen fehlt noch Personal und besonders morgens, wenn um 7.30 Uhr und 7.37 Uhr die beiden Züge von Hirschberg und Deutsch-Witz einlaufen, tritt dieser Personalmangel stark hervor.

Die Innere der Abfahrschalle sieht auch sehr schäbig aus. Vom Deckengestirn oberhalb der Seitenwände mußte schon ein Teil des Putzes abgehoben werden, weil die Gefahr bestand, daß sich loslösendes Mauerwerk den Reisenden auf die Köpfe fiel. Nun führt an den abgehängten Stellen die rohe Ziegelmauer hervor, und der Eindruck dieser beschädigten Stellen wirkt nicht weniger als schön.

Wie lange will man noch mit einer gründlichen Renovierung warten? In einem üblen Zustand sind auch die Klojette, die gar nicht in Vergleich gebracht werden können, mit den geradezu muckelhaften Voranlagen unseres Hauptbahnhofs. Dort wird allerdings eine geringe Benutzung gebührt gefordert, während die Klojette des Freiburger Bahnhofs gebührentfrei sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das reichliche Publikum die geringe Gebühr gern entrichtet, wenn die Anlege dafür immer taublos in Ordnung gehalten wird. Man führe also ruhig die Abfahrschalle im Freiburger Bahnhof ein, unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß nach dem Vorbild des Hauptbahnhofs die entsprechende notwendige Modernisierung der ganzen Anlage geschaffen wird, wie sie zeitweiligen Forderungen entspricht. Die einzige, wirklich neuzeitlich aussehende Einrichtung

im Freiburger Bahnhof ist der Zeitungsstand gleich am Eingang der Abfahrschalle. Früher besaß er sich etwas verstreut weiter hinten an den Wartehallen. Von außen bedarf der Bahnhof, wie schon eingangs bemerkt, natürlich auch dringend einer Aufräumung. Besonders das Torbogenstück über der Uhr der Abfahrschalle ist stark beschädigt. Die herumliegenden Papiere und sonstigen Unreinlichkeiten fallen allerdings nicht der Bahnhofsverwaltung, sondern dem Publikum zur Last, das, wie überall, so auch hier, sich leider wenig Gedanken darüber macht, wie häßlich es wirkt, wenn auf einem Bahnhof so viel schmutziges Zeug herumliegt. Wir empfehlen also, dem Stellvertreter Freiburger Bahnhof im Interesse der Allgemeinheit etwas mehr fürsorgliche Liebe zuzuwenden.

Der Stahlhelm und der Leichenwagen.

Aus zuverlässiger Quelle wird uns nachstehender Vorkfall mitgeteilt: Auf der Berliner Chaussee, in der Gegend, wo früher die alte Fabrik gestanden hat, fuhr am Tage vor der Wahl der jüdische Leichenwagen in der Richtung nach der Stadt. Entgegengefahren kam ein mit Stahlhelmlieuten vollbesetztes Lastauto, das dem Besitzer einer Dachpappenfabrik Herr Pauli gehört. Als das Auto am Leichenwagen vorbeifuhr, bespuckten die jeder Gefährdung baren Stahlhelmlieuten den Leichenwagen und bedrohten mit den geradezu gemeingefährlich werdenden Eigentümern das Personal. Besonders hervorgetan hat sich bei diesem Rohheitsakt, der auf gleiche Stufe mit den von dieser Sippe schon öfters begangenen Leichen- und Friedhofshändlungen zu stellen ist, der Sohn des Autobesitzers, der Stahlhelmer Paul, anscheinend der Führer der Stahlhelmguppe!

Die junge Garde des Proletariats

Land sich zu Geföhnis und Kundgebung ihrer Ziele und Maßnahmen noch besonders am Abend des 1. Mai im Naturtheater zusammen. Viele Hunderte waren dem Rufe gefolgt und füllten die vom Frühling frisch „renovierte“ Halle unserer Schiller Freilichtbühne bis auf den letzten Platz. Die Bühne von lebenden Fackeln erhellte, machte einen recht stimmungsvollen Eindruck. Der Anblick der wachenden Fackeln, Fahnen und bunten Kleider inmitten dem Grün der „gewachsenen“ Äulichen, verleiht alles in eine erhabene feierliche Stimmung, die durch die Darbietungen noch erhöht wurden. Gesang und Rezitationen wechselten ab, unterbrochen durch den Ausruf des Genossen C. Klein an die Jugend:

Die Hindenburgler wählten uns geschlagen durch die Erhebung des Präsidiums, aber wir fürchten diesen Sieg genau so wenig, wie die Nacht, die dem Tage folgt. Der Morgen wird unfer sein, trotzallem! Der Morgen des Proletariats ist der Sozialismus, dafür kämpfen wir, weil nur durch ihn die wahre Gleichberechtigung aller möglich ist. Alle sollen gleichmachen teilhaben an den Schätzen, die der Menschheit und Hand erschaffen haben — das ist unser großes Leitmotiv im Kampf um den Sozialismus. War das für die Arbeiter noch Ideal, für euch ist es Tagesaufgabe geworden. Deshalb Arbeit. Die Demokratie von heute ist die Wahlfreispapierdemokratie des kapitalistischen Staates, die an unserer Sozialen Lage nichts verändert. Deshalb gilt für unseren Kampf, eine sozialistische Staat zu schaffen, in dem allein echte Demokratie möglich ist. Euch für diesen Kampf bewußt vorzubereiten, und ihn zu führen, wenn es not tut, auch mit Einsatz des Lebens, das ist die Aufgabe der jungen Generation. — Redner schloß nach näherer Darlegung der Maßnahmen und der Stellung der Internationalen zum imperialistischen Krieg, mit der Aufforderung zum revolutionären Kampfe gegen den Kapitalismus, denn nur dann wird es gelingen!

Zu einem richtigen Fackelzug formiert, so nunmehr der Arbeiterbewußte Teil Breslaus arbeitender Jugend durch die Stadt zum Neumarkt, zu kurzen Aufzügen. In wenigen Momenten war der Gasbehälter „erleuchtet“ und glück einer richtigen Flammenpyramide, was übrigens die Polizei nicht ganz einsehen wollte, schließlich aber duldet.

Zu der meinen Kunde der Demonstranten und Umfahrenden sprach am Schluß noch Genosse Wolf: Nach ist der 1. Mai Signal zur Sammlung des Proletariats, aber schon sind in einem Menschenalter in seit 1889 aus wackigen Hunderten tapferer Streiter Millionen geworden. So sind wir gewiß, daß auch der heutige Tag diesem Zweck dient. Wir ruhen und ruhen nicht eher im Klassenkampf, bis daß die Klassenlose Gesellschaft, der Sozialismus, verwirklicht sind trotz Hindenburg und alledem! Mit einem demnächstigen Hoch auf die internationale sozialistische Jugendbewegung und dem Gesang der „Jungen Garde“, fand die Kundgebung, bis zuletzt vom drohenden Regen verfehlt, ihren Abschluß.

Erleichterung bei Rundfunkanlagen.

Eine neue Verordnung des Reichspostministeriums gesteht den Funkfreunden folgende Erleichterungen zu: 1. Es wird eine gebührenfreie Probezeit gewährt. Wer sich als Rundfunkteilnehmer beim zuständigen Postamt angemeldet hat, kann eine Empfangsanlage mit Detektor oder mit gestempelterm Röhrengerät oder beides auch in Verbindung mit einem Niederfrequenzverstärker ohne weiteres herstellen und in Betrieb nehmen. Der Monat, in dem die Anmeldung erfolgt ist, gilt als Probezeit. Gehören sind erst vom Beginn des auf den Anmeldeantrag folgende Monats zu entrichten. Für Empfangsanlagen (mit selbst hergestellten Apparaten), zu deren Errichtung und Betrieb die Audion-Versuchsbescheinigung nötig ist, wird der Probezeitmonat nicht gewährt. 2. Hauseigentümern, welche die sogenannte Hauseigentümergeklärung abgegeben haben, wird die Mitbenutzung von reichseigenen Dachgestängen auf ihren Häusern zur Anbringung von Antennen ohne Erhebung von Gebühren gestattet, wenn sonst die Herstellung des Aufsteigers unmöglich oder mit großen Kosten verbunden wäre. 3. Die Mindestdauer der Gebührensfrist beträgt nicht mehr 12, sondern nur noch 6 Monate. 4. Für die Benutzung von selbsthergestellten Niederfrequenzverstärkern ist künftig die Audion-Versuchsbescheinigung nicht mehr erforderlich. Auch ungetempelte Verstärker können allgemein auf Grund der einfachen (weissen) Rundfunkteilnehmergenehmigung benutzt werden.

„Billige Zigarren und Zigaretten“.

Seit Sonnabend hat sich geradezu eine Menschenmenge vor einem großen dreigeschossigen Geschäft auf der Fackelstraße 10, wo früher Automobile ausgestellt waren, festgesetzt. Die Besuche von Reichs- und Provinzial-Verkehrsgroßhändlern des Inlandes, daß man hier wirklich spottbillig feinsten Einkauf an Zigarren, Zigaretten und allen Sorten von Rauchwaren bezogen kann. Der größte Ansehenspunkt ist vor dem einen Schaufenster, in welchem ein Spezialist sitzt, das mit der Hand Zigaretten verfertigt. Es handelt sich um die 3-Pfeil-Sigabia-Zigarette und soll man auf diese Warte stehen, aus welcher einen Tabaken und in welche feineres Weine die Sigabia-Sigabia herabsteht werden.

Steueralender für Mai 1925. 6. Mai. Schonfrist für die Zeit vom 21.—30. April. Keine Schonfrist.

Das Johannistfest in Breslau.

In der zweiten Hälfte des Monats Juni (14. bis 28. Juni) erlebt Breslaus Bevölkerung ein Johannistfest, welches von dem Fest der des Amarsparks, Johannes Lampner, der Frau Haase L.G. Hannover und der Breslauer Messe-Altengesehafft aus dem südlich der Jahrhunderthalle vorgelagerten Gelände veranstaltet wird. Die umliegenden Wälder sind schon jetzt in vollstem Gange. Ebenso wie das Oktoberfest in München, der Hamburger Dom und die Dresdener Vogelweide soll dieses Breslauer Johannistfest alljährlich wiederholt werden und soll im besonderen dazu dienen, den Fremdenverkehr, der Breslaus Bedeutung erweitern soll, zu fördern.

„Wege zu Kraft und Schönheit“.

Ein Großfilm unter diesem Titel lief am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 11 Uhr, in einer Separatvorstellung vor Professorentretern und geladenen Gästen im Taurinier-Theater. Man sah einen Kulturfilm, der in seiner fünfteiligen Darstellung von Kraft und Schönheit nicht seinesgleichen hat, und der unter Verzicht auf jede äußere Handlung durch den Reichtum und die Fülle der Einzelszenen eine Wirkung erzielt, die dem Zusammenhang und der innigen Wechselwirkung von Körper und Geist. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper! „Wir sind ein Teil der Natur, die alle Körperkultur ab. Ausgehend von den gymnastischen Erziehungsgrundsätzen der Griechen hat die Kulturwelt der „Ura“ hier ein in allen Facetten schillerndes Bild körperlicher und geistiger Bestrebungen zu einem harmonischen Ganzen zusammengestellt. Die Jugend, die im Altertum geübt wurde, und der mannigfaltige Sport unserer Tage in allen seinen Differenziertheiten werden einander gegenüber gestellt. Ein römisches Bad wird mit historischer Treue rekonstruiert; emantigste Sklavinnen ergötzen sich am Ballspiel, bis die stolze Domina erscheint und die Fahrt zu den Thermen angetreten wird. Wir sind Zeugen, wie man im Altertum vor dem Bade den Körper steinigt und salbt. Auf eine verjüngende Kultur wird der Kontrast der Gegenwart gesetzt: eine Blaudrüse im Norden Berlins wird sichtbar. Bald darauf taucht ein „Johannistfest“ auf. Rache, Leidenschaft und haben in Licht, Luft, Sonne und Wasser. Der Mensch des völlig unbedeckten Körpers von Mann und Weib, wie ihn der Film auf Grund eines sorgfältig ausgewählten Reagenzienmaterials darstellt, erweckt gewiß keine unangenehmen Empfindungen, sondern nur Freude und Bewunderung im ästhetischen und menschlichen Sinne.

Was geschaffen wurde, soll ja ein Mannus sein auf jene Bestrebungen, die daraus hinauszuwachen, ebenso den Schönheitssinn zu wecken, wie zur Volksgesundheit beizutragen. Man möchte zeigen, mit welchen Energien unsere geschwächte Zeit das Problem der Körperkultur angegriffen und erntet hat — wieviel sie etwa dem griechischen Schönheitssinn hat zu nähern vermochte.

In dem prachtvollen Film kommen alle Sportbetätigungen zur Geltung: Schi, Darts und Wasserpolo, Radsport, Gerätturnen, Boxen, Ballwerfen, Rudern usw. Faustkämpfe werden vorgeführt und in bunten, wechselnden Bildern folgen Luft-, Tisch-, Schach- und Sechser, Schach, Tennis und Golfspiel. Ganzende Sportturniere wideln sich ab, die Athleten aller Völker führen ihre Kräfte vor, bemerkt wie in einem internationalen Fest, wo die Athleten um die Palme des Sieges ringen. Der Film zeigt ferner Floyd George beim Golfspiel, Mikler Balkour beim Tennis, Mussolini beim Racketspiel, Gerhart Hauptmann bei der Strandpromenade. Außerdem erscheinen auf der Leinwand berühmte Tänzerinnen von Welt und ganze Tempel, die für die rhytmische Gymnastik neue Methoden und Ausdrucksformen gefunden haben. Es seien nur die Namen Karjanna, Impetonen, Haffelquitt, Carolina de la Riva erwähnt. Auch an den Rationallängen der verschiedensten Völkern (Kegeln, Süßholzwandern, Spantern, Schweden, Russen usw.) geht der Film nicht vorbei und veranschaulicht, daß der Tanz die rhytmische Bewegung, zu den wichtigsten Elementen und Bewegungen der Volkstheorie gehört. — Also alles in allem ein wahrhaft wunderbarer Kulturfilm, dessen vornehmste und erstebeste Wirkung gänzlich noch genug verankert werden kann. Mit den reichlichen Mitteln werden hier Volkserziehungsgedanken propagiert, die sich erfolgreich immer mehr durchsetzen, um schließlich Allgemeinut des Volkes zu werden.

Von den Arbeiterlinderfreunden.

- Gruppe 1 (Oblauer Tor). Donnerstag, 5 bis 7 Uhr: Spiel und Tanz auf der Spielwiese Wolfswinkel.
- Gruppe 2 (Scheitling). Mittwoch und Freitag, 5 Uhr: Vorbereitung für unser Frühlingsfest. Schon heute weisen wir alle Eltern auf unser Frühlingsfest am 17. Mai im Zeitelbusch hin, an dem alle Eltern teilzunehmen müssen.
- Gruppe 3 (Oderort). Alle unsere kleinen Freundinnen und Freunde treffen sich am Mittwoch pünktlich um 6 Uhr am Schießwettbewerb zum Spielen.
- Gruppe 4 (Nikolaitor). Mittwoch, 4 1/2 Uhr: Spiel und Tanz im Eichenpark; Freitag, 4 1/2 Uhr: Singen in der Schule Berliner Straße.
- Gruppe 5 (Gräßchen). Wie immer.
- Gruppe 6 (Strehlener Tor). Seht in die geistige Volkswacht.
- Gruppe 7 (Innere Stadt). Donnerstag, 5 Uhr: Treffen zum Spiel und Tanz auf dem Feldriedhof. — Sonntag, früh 7 Uhr: Treffen zu unserer ersten Wanderung am Halbfriedhof.

Arbeitsplan der Arbeiter-Jugend

- in der Woche vom 4. bis 18. Mai.
- Heim 1 (Erdbeeren Jugendheim, Rosenthalstraße).
- Heim 2 (Schulhaus Dener Straße). Mittwoch: Ziele.
- Freitag: der Jugendtag, Erna Gohel; Sonntag: Fahrt nach Schallau.

Heim 3 (Jugendheim, Mißgaststraße 36, 1). Mittwoch: Brettspielabend; Freitag: Vortrag „Wie demschne ich mich“; Sonntag: Wanderung nach Schallau.

Heim 4 (Schulhaus Reichstraße). Mittwoch: Volkskänge, M. Blöke; Freitag: Schieflicher Abend; Sonntag: Botanischer Garten.

Heim 5 (Schulhaus Berliner Straße 63). Mittwoch: Volkskänge im Beihelpark; Freitag: Vortrag „Gesundheitsspiege“; Sonntag: Fahrt nach Weidenhof.

Heim 6 (Eigenheim, Krüßelstraße). Mittwoch: Spiel und Tanz; Freitag: „Die Gesundheitspflege der Arbeiterjugend“; Sonntag: Fahrt nach Weidenhof.

Heim 7 (Schulhaus Elisabeth-Gymnasium). Mittwoch: Volkskänge (Wiese); Freitag: Mitgliederversammlung N. Zimmer; Sonntag: Fahrt ins Blaue.

Heim 8 (Parade an den Leichädern). M. Seidel.

Heim 9 (Schulhaus Waterloostraße). Mittwoch: Volkstanz; Freitag: Diskussionsabend: „Das Wandern“; Sonntag: Heim.

Heim 10 (Bender-Oberrealschule, Behndamm). Mittwoch: Läng- und Spiele auf der Wiese; Freitag: Innere Jugendkängforderungen; Sonntag: Wanderung.

Heim 11 (Schulhaus Arletinsstraße). Mittwoch: Alles trifft sich auf der Wiese; Freitag: Diskussionsabend „Das Wandern“; Sonntag: Fahrt nach Schallau.

Heim 12 (Schulhaus Kirnstraße). Mittwoch: Luftpistole auf der Drei-Eigen-Wiese; Freitag: Lesabend „Ged. Wollenweber“; Sonntag: ?

Heim 14 (Bender-Oberrealschule, Behndamm). Mittwoch: Vortrag „Das Wandern“; Freitag: Ein Lebensbild von Karl Marx; Sonntag: Tagesfahrt nach dem Jungfersee.

Mittwoch: Seher-Gruppe, 1. Parade an den Leichädern, II. Schulhaus Waterloostraße.

Parade, den 11. Mai: Funktionärstagung (Gewerkshaus).

Der Haushaltsausschuss der Stadtvorordnetenversammlung genehmigte in seiner Sitzung am Montagabend zunächst die Kassenabrechnung der hiesigen Sparkasse für 1925 und die Vorlage des Kassensystems über die Verwendung der Sparkassen-Mittel aus dem Jahre 1924. Nachdem trat der Ausschuss in die Beratung des Haushaltsplans ein und setzte ohne Veränderung die Einnahmen des Haushaltsjahres, der Arbeitervereine, der Arbeitervereine, des Chemischen Unterhaltungsamtes, des Gesundheitsamtes und der Heilstätte Herrmanns vorläufig fest. Beim Haushaltsplan des Jugendamtes wurden Zusätze im Gesamtbetrag von rund 100.000 Mark gemacht, die durch Einsparungen an anderer Stelle zum Teil wieder gedeckt werden sollen. Der Einzelplan für Sport, Sport und Körperpflege erhielt eine Erhöhung des Ausgabenpostens für den Bau von Umkleekabinen und Gerätschaften um 14.000 Mark auf 50.000 Mark.

Am Montagabend wurde die Ermöglichung einer späteren Rückfahrt vom Theaterbesuch und dergleichen in Breslau verkehrt in der Nacht von Mittwoch, den 6. Mai zu Donnerstag, den 7. Mai, ein Sonderzug mit dritter Wagenklasse von Breslau über nach Sträßel in folgendem Fahrplan: Breslau 6 1/2 ab 11.45 Uhr nachts, Woiwatsch an 11.57 Uhr, Hartlieb an 12.02 Uhr, Kettner an 12.07 Uhr, Reichen an 12.12 Uhr, Damsian an 12.18 Uhr, Koberwitz an 12.27 Uhr, Wirtz an 12.32 Uhr, Puchowa an 12.38 Uhr, Albrechtshof an 12.44 Uhr, Regen-Platz an 12.52. Jochen an 1 Uhr, Sträßel an 1.05 Uhr. Der Fahrpreis wird auf Antrag des Magistrats Jochen zur Deckung der Unkosten des Einbahnfahrtes des gemäßigten Fahrpreises dritter Klasse erhoben. Erwachsene Men demnach anderthalb Fahrkarten dritter Klasse und Kinder vom vierten bis zum zehnten Lebensjahre eine ganze Fahrkarte dritter Klasse. Fahrkarten werden nur in Breslau 6 1/2 ausgegeben.

Der Postverkehr. Gestern abend brachte das Flugzeug D 558 „Kaiserregler“ von Berlin drei Passagiere nach Breslau und D 558 „Kaiserregler“ hier vier mit zwei Passagieren nach Glatz auf. Heute früh brachte D 551 „Kaiserregler“ drei Passagiere von Glatz nach Breslau, während D 558 „Kaiserregler“ mit drei Passagieren nach Berlin abging.

Reiseer. Jugend-Verkehr. Allen Gewinnern zur Mitteilung, daß die Ausschüttung der Gewinne nur noch bis zum 9. Mai stattfindet, und zwar im Zimmer 70 des Gewerkschaftshauses von 8 bis 4 Uhr. Sonntags von 10 bis 2 Uhr.

Geschäftsverkehrsplan. Wir weisen nochmals auf den neuen Geschäftsverkehrsplan hin, der von heute ab täglich 6 1/2 Uhr nachmittags nur für Damen und abends 10 1/2 Uhr nur für Herren mit argentinischem Begleitortag im Victoria-Theater vorgeführt wird. Das Bühnenspielfest „Sons of Sweden“ ist täglich 8 Uhr in der Premieren-Verlegung.

Wanderungen bei drei Stationen der Straßenbahn sind am 1. Mai eingetreten. Die Linie 10 Scheitling-Gräßchen, die bisher am Straßenbahnhof endet, fährt bis zu den Gräßchen Friedhöfen, während Linie 11 Krüßelstraße-Gräßchen normittags am Straßenbahnhof endet und nur nach nachmittags bis zu den Friedhöfen fährt. Die Linie 12 Klein-Platz-Sonnenplatz wird Sonntags nachmittags bis Gräßchen durchgeführt. Ferner ist in der Ausgabe der Fahrscheine infolge einer Vereinfachung eingetreten, als es jetzt nur noch zwei Arten von Fahrscheinen gibt: einfache Fahrscheine, die auf Verlangen als Umsteigeheine gelöst werden und die auch als Kinderdoppelseine verwendet werden, einfache Kinderfahrtscheine und Doppelfahrtscheine, die auch freis am Sonntags zum Umsteigen berechnen.

Volksklub für neue Erziehung. Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Goldenen Jäger Herr Dr. Walter Fabian aus Berlin über: „Die deutschen Berufsverbände, ihre pädagogische und soziologische Struktur.“ Gäste, besonders auch aus der Lehrerschaft, willkommen.

Stadt-Theater, Dienstag: „Der Barbier von Bagdad“. Mittwoch: Uraufführung der letzten Oper von Rafforgy: „Der Jäger von Grotzsch“. Hierfür ebenfalls als Uraufführung: „Bild einer Ausstellung“, Tanzstücken nach Rafforgy. (13. Vorstellung im Theaterviertel.)

Aus Schlesien.

Der Mittelschlesische Landtag

hielt am 28. April eine vollständig besuchte Mitgliederversammlung unter Vorsitz des Landrats Dr. Richter-Künferberg in Gegenwart des Vertreters des Regierungspräsidenten in Breslau Dr. Schwandt ab.

Der Vorsitzende widmete dem am 18. März aus dem oberschlesischen Landrat Dr. Jankowsky-Kamslau einen ehrenvollen Nachruf.

Eine Hauptbesprechung wurde für Anfang September in Aussicht genommen. Wegen der in absehbarer Zeit noch schwierig liegenden Finanzverhältnisse der Kreisverwaltung allgemein erwünscht, den Herrn Regierungs-Präsidenten um die gesetzlich gebotene Erhaltung von Wasserwerken, Tierkennzeichen, Erziehungsanstalten nach noch hinauszufragen. Ein Antrag auf generelle Neuordnung der Dienstauswandsentschädigung der Kreisbeamten wurde späterer Bekämpfung vorbehalten. — Hinsichtlich der Voraussetzungen für ungewöhnliche Wahlen nach der Pr. Verordnung vom 25. 11. 23 ein Bescheid des Bezirksausschusses Witten bekanntgegeben, diese Verordnung als mit § 12 des Finanzausgleichsgesetzes widersprüchlich stehend und weil in Preußen die allgemeine Wahlenreform nicht eingeführt ist, für ungesetzlich hält, bestritten. Bis zum Ergehen einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes sollen die erlassenen Gebührenordnungen der Kreisverwaltung durchgesetzt werden. Ein vom Kreispräsidenten am 1. März 24 an den Kreisrat erlassener Bescheid über die Erhaltung einer Beamtenfachschule für kommunale Amtswörter für den Regierungsbezirk mit sechs monatlichen Kursen fand sympathische Aufnahme und es soll hierüber dem Vorstand des Schlesischen Städtebundes in Verbindung mit dem Vorstand des Schlesischen Städtebundes in Verbindung mit dem Verwaltungsausschuss durch beiderseitige Abgeordnete Verhandelt werden. Die Stellungnahme zu Anträgen auf Übertragung staatlicher Amtsbefugnisse auf die Kreisbeamten wurde den Mitgliederversammlungen überlassen, ebenso Antrag, Daueranstellung als solche nach dem Gesetz vom 8. Juli 1920 anerkennen und solche möglichst in Beamtenstellen zu überführen, ihnen zu übermitteln beschlossen. Anträge für Daueranstellung, wie Kreisratspräsidenten, Kreisratspräsidenten, wurden jedoch nicht für zulässig erachtet. In den Hauptprüfungen wurde Landrat Dr. Richter-Künferberg als Vorsitzender gewählt. Zu der Gewährung von Ruhe- und Hinterlassenenversorgung für Kreisbeamte erhielt sich die Versammlung in schwebender allgemeiner Regelung dieser Frage durch die lokalen Arbeitgeberverbände zunächst abzuwarten. Es wurde empfohlen, bei Zukunftsverhandlungen an Hebung nicht über den Rahmen des Gehaltensanges hinauszufragen. Das von dem Verein der Kreisbeamten vorbereitete Entwurf eines Vertrages über Obliegenheiten wurde zur Prüfung in juristischer Beziehung und nach Zweckmäßigkeit gründen zur Anwendung empfohlen.

Einen größeren Raum nahm ein ausführlicher Vortrag Landrats Speerling-Mittig über Organisation der lokalen Wohlfahrtspflege ein. Die anschließende Besprechung hauptsächlich Vorzüge des Elberfelder und Straßburger Systems. Endlich wurde beschlossen, die Bitte an den Regierungspräsidenten zu richten, im Interesse der Vermeidung Störungen der jährlichen Neuwahlungen auf den Kreisrat Automobil-Vorläufigkeitsreden erst vom 1. August 25 Jahres zu gestatten.

Signis. Ein großer Grunderwerb. Zwischen Magdeburg und Jüterbog hat sich seit einiger Zeit Verhandlungen über den Anbau von Flächen des Kreis Neu-Diese Verhandlungen haben jetzt zu einem Abschluss geführt. Die größte Teil des Gebietes ist in das Eigentum der Stadtgemeinde übergegangen, bleibt jedoch noch auf längere Zeit an die Stadtverwaltung verpachtet. Die angekauften Flächen grenzen unmittelbar an den Flugplatz und das Stadtgut Weihenrode und strecken sich bis zum Bahnhof Neu-Diese und zur Chaussee nach Weihenrode. Die Stadt räumt durch diesen Kauf ihren Besitz im Osten auf eine Fläche von nahezu 2000 Morgen ab. Auch das Holz am Brinkendorfer Wehe gehört zu der angekauften Fläche.

Arbeiter-Sport

E. A. Pöschel, e. V. Letzmaliger Badeabend im Salsen-Diensttag, den 12. Mai. — Der Sportbetrieb im Pöschel hat begonnen. Sämtliche Mitglieder, die Zeit haben, finden deshalb dort ein. — Sonntag vormittag Arbeitsdienst für Männer und Jugend (Frauen bringen sich Kaffee mit). — Frauen-Sportmannschaft spielt Sonntag nachmittag auf dem Salsen-Platz. — Was sagen Neulitz. Erreichen familiärer Ziele mit Willst.

Geschäftliches. Aus Erfahrung weiß die Hausfrau, daß ein Paar Schuhe verdaulich sind, wenn dieselben mit schützender Creme behandelt werden. Dieser Creme legen Sie sich aus, wenn Sie die wirklich gute Erdal-Schuhcreme, Marke Pöschel, verwenden. Lassen Sie sich keine andere Marken aufdrücken.

Wasserstand

| | nom 5. Mai 1925. |
|------------------------------|------------------|
| Katibor | 2.62 |
| Reife (Stadt) | 6.09 |
| Reifenmündung (Unter-Wege) | 2.56 |
| Kanien (Unter-Wege) | 3.60 |
| Strig (Wasserkanal) | 2.25 |
| Dobruwa | 2.56 |
| Stützmenge (ständig 200 cbm) | |
| Trödel | |
| Fückenberg | |
| Wasserhöhe | + 10,6 |

?Verstopfung? Für 1 Mark Geheimrats-Pillen aus dem Pöschel, Breslau, Wackerplatz 3, helfen

Der Ruf der Creme Mouson als vollkommenstes und verbreitetstes Hautpflegemittel der Welt ist unbesritten.

Die schnelle, zuverlässige Wirkung bei rauher, aufgesprungener Haut und der verblühende diskrete, feine Duft sind charakteristische Merkmale.

CREME MOUSON ist unvergleichlich und unnachahmlich.

CREME MOUSON - CREME MOUSON - RASIER-SEIFE

Gewerkschaftsbewegung.

Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

Auch in der Berichtswache besserte sich die Arbeitsmarktlage. Die Zahl der Arbeitssuchenden ging in der Provinz Niederschlesien von 34 191 auf 31 881, die der Erwerbslosenunterstützungsstellen von 20 604 auf 17 950 zurück, während die Zahl der erledigten offenen Stellen sich um etwa 1200 vermehrte.

In der Landwirtschaft bestand nach wie vor der starke Mangel an jüngeren Kräften (männlich und weiblich) fort. Die Einstellung von Deputantenfamilien hat sich weiter gebessert. Die Einstellung konnte nur schwer vermittelt werden. In Habelschwerden wurden eine Anzahl männliche und weibliche Arbeitskräfte für die beginnenden Waldkulturarbeiten angefordert.

Im Bergbau wurden im Waldenburger Revier Arbeitskräfte für Heber- und Untertagearbeiten verlangt. In Habelschwerden wurde das Meierbergwerk der Gewerkschaft „Neue Habelschwerden“ eine Anzahl Arbeitskräfte erneut ein. Ebenso war der Bergbau im Radeburger Bezirk aufnahmefähig. Ebenso war der Bergbau im Braunkohlenbergbau ein steigender Bedarf an ungelerten und ungelerten Kräften bemerkbar. In den niederschlesischen Eisenhüttenwerken mangelt es nach wie vor an männlichen und weiblichen Arbeitern.

In der Industrie der Steine und Erden arbeiten Strechler und Striegauer Steinbrüche voll. In der Ziegeleiindustrie werden weiterhin Neueinstellungen vorgenommen, so bei den Ziegeln in der Kreis Wroslau und bei den Ziegeln in der Kreis Breslau, Grotzsch, Waldenburg und Grotzsch. Die Porzellanindustrie im Waldenburger Revier ist ebenfalls aufnahmefähig und ist voll beschäftigt. In der Porzellanindustrie sind die Porzellanfabrik Habelschwerden und die Porzellanfabrik Grotzsch in der Kreis Wroslau beschäftigt. Die Porzellanindustrie im Waldenburger Revier ist ebenfalls aufnahmefähig und ist voll beschäftigt. In der Porzellanindustrie sind die Porzellanfabrik Habelschwerden und die Porzellanfabrik Grotzsch in der Kreis Wroslau beschäftigt.

In der Metallindustrie sind in Breslau die Arbeitskräfte ausgeglichen (etwa 15 000). Es besteht die Möglichkeit, daß die Kleinindustrie und der Handwerk sich der Ausdehnung anschließen wird. In Grotzsch besteht die Unterbringung von Arbeitssuchenden in der Kleinindustrie wie Schlossern und Schmieden große Schwierigkeiten. Dagegen ist die Bunsauer Metallindustrie gut beschäftigt. Auch in Waldenburg hat sich eine Besserung der Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie bemerkbar gemacht; Nachfrage besteht hier nach Formern und Modelldrehern.

In der chemischen Industrie ist die Arbeitsmarktlage überaus günstig. In den Strechler Textilfabriken wird wieder gearbeitet. Im Radeburger Bezirk ist die Textilindustrie gut beschäftigt und nahm vereinzelt Neueinstellungen vor. Dasselbe ist der Fall in Radeburg. Im Striegauer Bezirk hat die Textilindustrie in Petersdorf zum Teil ihren ungelerten Bestand wieder aufgenommen und männliches und weibliches Personal wieder eingestellt. In Grotzsch zeigten sich die dortigen Textilbetriebe aufnahmefähig; namentlich Strickwaren wurden wieder zum Teil eingestellt werden konnten. Dagegen ist in Radeburg einstillend ein Stillstand eingetreten, wenngleich Einstellungen noch nicht beschränkt wurden.

In der papiererzeugenden Industrie ist durchgängig eine weitere Besserung zu beobachten. Einstellungen von Arbeitssuchenden wurden vorläufiglich vorgenommen (Waldenburg). Dagegen ist in Breslau der Arbeitsmarkt in der papiererzeugenden Industrie ungünstiger geworden; die Zahl der arbeitssuchenden Buchbindergehilfen hat sich vermehrt, dagegen fehlt es hier an tüchtigen Gelehrten.

Die Arbeitsmarktlage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, das durch die im Vorbericht gemeldeten Streiks und Ausperrungen zwar zeitweilig etwas ungleichmäßig beeinflusst ist, ist im allgemeinen gut. Namentlich bestand Nachfrage nach Tischlergehilfen in Schweidnitz, Waldenburg und Reichenau. Die vereinigten Knopfabriken, A. W., in Wroslau zeigten sich weiter aufnahmefähig.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist es in Breslau an perfekten Facharbeiterinnen für die Speisekammerarbeiten. Auch wurden gelernte Arbeiterinnen für die Tabakindustrie in Breslau angefordert. Dagegen ist in Waldenburg die Beschäftigung in der Zigarrenindustrie schlecht. Auch Glas fanden wieder eine Anzahl Werkbenaufnahmen in der Tabakindustrie statt. In Waldenburg wurden mehrere Zigarrenarbeiterinnen aus den dortigen Zigarrenfabriken entlassen. In Waldenburg wurde eine kleinere Zigarrenfabrik stillgelegt.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist für die Herrenkonfektion und die Maßschneiderei die Arbeitsmarktlage unverändert günstig. In Opatowitz eine stillgelegte Schuhfabrik ihren Betrieb wieder aufnehmen. Im Bauwesen hat sich die Nachfrage nach Facharbeitern, besonders Malern und Maurern, verstärkt. Die Beschäftigung ist durch die noch andauernden Streiks in der Provinz zum Teil gestiegen. In Breslau ist zu Ende der Berichtswache die Arbeit im Bauwesen wieder aufgenommen worden.

Im graphischen und Versielfältigungsgewerbe ist die Lage durchweg gut. Der Nachfrage nach Facharbeitern konnte nur zum Teil entsprochen werden. In der Gatt- und Schankwirtschaft fehlt es an geschultem gelehrtem Küchenpersonal sowohl für Breslau als auch für die Gebirgsorte. Für Lohnarbeit wechselnder Art boten die die in verstärktem Maße in Angriff genommenen Erdarbeiten (Strecken, Chausseen und Bahnbauten sowie Straßenarbeiten (Reichsbahn) vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten. Für häusliche Dienste ist die Arbeitsmarktlage unverändert.

In der Provinz Oberschlesien ist in der Landwirtschaft die Nachfrage nach ledigen weiblichen Arbeitskräften weiterhin sehr reg. Der Bedarf an ledigen männlichen Personen konnte durchweg gedeckt werden. Im Bergbau sind Veränderungen nicht eingetreten. Im Bergbau sind Veränderungen nicht eingetreten. Im Bergbau sind Veränderungen nicht eingetreten. Im Bergbau sind Veränderungen nicht eingetreten. Im Bergbau sind Veränderungen nicht eingetreten.

Der diesjährige Gewerkschaftstongreß in Breslau.

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ aus Kreisen des T.O.G. erzählt, findet der diesjährige Gewerkschaftstongreß im Monat August statt. Als Tagungsort ist Breslau gewählt worden, jedoch ist der Termin noch nicht bestimmt. Sehr wahrscheinlich wird aber die Tagung im Anschluß an die Breslauer Herbstmesse oder vor der Herbstmesse stattfinden. Die Tagesordnung steht noch nicht fest.

Reichsbahndirektion Breslau und der 1. Mai.

Die Reichsbahndirektion hat mit den Gewerkschaftsvertretern nach Besuchen mit dem Reichsinnenminister beschlossen, daß auch in diesem Jahre die Beteiligung der Eisenbahnbediensteten an den Maidemonstrationen statzugeben sei. Es konnte der 1. Mai auf den Verkauf angerechnet, andernfalls ohne Lohn gegeben werden. Es sollte ausdrücklich nach der Verfügung „nicht engherzig“ verfahren werden.

Was tat die R.A.D. Breslau?

Die R.A.D. Breslau hat die Hauptwerkstätten geschlossen, die übrigen Dienststellen nur beschränkt Urlaub erhalten sollten. Da der 1. Mai auf den Sonntag fiel, wurde der Bezirksbetriebsrat und der Ortsgruppenleiter vorstellig und beantragten die Auszahlung des Lohnes für Donnerstag, den 30. April. Dieses wurde abgelehnt mit dem Bemerkten, daß nur die Werkstättenarbeiter den Lohn erhalten, nicht aber die übrigen Arbeiter. Dieses Vorgehen der Verwaltung brachte große Erregung, zumal absolut gar keine Schwierigkeiten bestanden zur Auszahlung, da bereits alles vorbereitet war. Die R.A.D. sabotiert also die Majefeier ihrer Bediensteten und verlangt, daß die nichtgelöhnten Arbeiter am Freitag, während ein Teil der Bediensteten mit ihren Angehörigen ins Freie begeben, soll der andere Teil der Urlaubstag verhandelt werden. Diese Haltung und Maßnahme der R.A.D. bedeutet Sabotage des Maidagens, über die das letzte Wort nicht gesprochen sein dürfte. Diese Maßnahme zeigt das wahre Gesicht einzelner kleiner Gruppen. Den Bediensteten aber muß dieses ein Warnsignal sein. Die Parole muß für alle „Nun erst recht“ heißen. Glaubt etwa die Verwaltung, weil es in den übrigen Jahren von den Sirichen und Christen solche gab, die lieber „arbeiten“ wollten als demonstrieren, daß auf diese Weise die Gefahr dieser vergrößert zu können? Diese Maßnahmen können und werden unserer Bewegung nur nützen.

Der Streik der Zimmerer bei der Firma Tuschcherer in Opatowitz fängt an beweglich zu werden.

Wie bereits in der „Volkswacht“ vom 29. April berichtet wurde, hatte sich die Betriebsleitung der Betriebsleitung der Tuschcherer nach in letzter Stunde zu Verhandlungszwecken zur Verfügung gestellt. Die Betriebsleitung hat diese Geselligkeit abgewiesen, dafür aber im Opatowitz Stadt- und Kreisrat eine Bekanntmachung erlassen, daß die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine schmerzliche Vergeßlichkeit der Wahrheit in der Öffentlichkeit ist noch nicht dagewesen. Die Unwahrheit der Betriebsleitung, vermachte wohl 12 Streikende in den Gewänden zu versehen daß dem so sei. Die Betroffenen haben diesen Schwund am nächsten Tage bemerkt und streiten weiter. In dieser Bekanntmachung der Betriebsleitung wird weiter behauptet, die Streikenden hätten verkannt, daß die anders organisierten Arbeiter entlassen werden sollen. Wo steht das geschrieben? Als die Arbeitseinstellung erfolgte, waren ja gar keine anders organisierten Arbeiter im Betrieb. Die Betriebsleitung hat nur verlangt, daß die auf Umwegen bestellten Zimmerer abbestellt werden sollten. Das ist am 26. April Vormittag zwischen 7 und 8 Uhr unter Zeugen im Werk Tuschcherer geschehen, was der technische Betriebsleiter erklärte: „Meine Herren, diese moralische Ohnmacht kann ich mit nicht aufleben.“

Die Betriebsleitung wußte warum es nicht möglich war, nämlich, weil der fester gewesene jetzt abgebaute christliche Betriebsleiter Falloch seine Hand schon im Spiele hatte um Arbeitswillige zu beschaffen. Die Streikleitung wußte von diesem Schwandverhältnis schon am 24. April. Die kaiserbewussten Zimmerer sind jetzt bereit von diesem Betrieb Wscheidung zu nehmen, sie brauchen keinen Nachruf von der Betriebsleitung, sie haben ihr Handwerk nicht nur für die Firma Tuschcherer erlernt. Besser ist, Unrecht gelitten und mutig gestritten, als daß die Betriebsleitung vom Werk Tuschcherer bei Verhandlungen mit unserer Betriebsleitung so tut, als wolle sie ehrlich verhandeln, wohingegen sie schon mit christlichen Führern verhandelte um den Streik hinterrücks abzuwenden zu können.

Inzwischen hat auch leider der Tod schon seine Ernte im Betrieb gehalten. In der letzten Woche wurden von den Arbeitswilligen Fabrikarbeiter Eichenhainwaggons im Wert verlohoben. Diese Verloberung ging so ungeschicklich vor sich, daß von dem einen zum anderen Wagen nicht der genügende Abstand behauptet wurde. Die Führer des hinteren Wagens zermalmten ein blühendes Mädchenleben.

Der christliche Gausleiter Gottschalk erklärt in einem Schreiben an die Streikleitung, daß der Streik nach dem ihm gewordenen Informationen sich gegen keine Organisation richtet und er den Streik ablehnen muß. Der früher gewesene christliche Betriebsleiter Falloch hat erklärt der Streik der Zimmerer sei ein wider und politischer Streik, deshalb wird er die Zimmerer nicht beschützen. Das ist gefährlicher, als ein Christ sein kann. Wir wollen verzeihen, daß die Firma Tuschcherer unsere Kameraden in Stellung ausgesetzt hat. Wenn unsere Kameraden in diesem Falle in Opatowitz Solidarität üben, haben die Christen noch kein Recht, Arbeitswillige in den Betrieb zu vermitteln, haben die Christen kein Recht, Arbeitswillige in den Betrieb zu vermitteln, oder sollten sie schon auf dem letzten Wege prüfen? Sie mögen bedenken, daß die Firma nach allen Orten unseren Zimmerer Karten schreibt, daß sie auf ihre Baustellen nach Bremen und anderswohin sofort fahren sollen, bezahlt würde alles. Sie sollen aber nicht erst ins Werk nach Opatowitz kommen, sondern sich bei dem Zimmererverband Demar auf der Baustelle Bremen melden.

Der Kampf der Zimmerer geht ungeschwächt und mit verstärkten Maßnahmen weiter. Diejenigen Mitglieder unseres Verbandes, welche entgegen dieser Parole handeln, haben den Ausschluß aus dem Verbande zu erwarten. Die Klassenbewußten Maurer- und Zimmerer auf den Baustellen bei Tuschcherer bitten wir die Wacht zu halten, unser Sieg ist ewig. Der Zentralverband der Zimmerer.

Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise.
Der neue Lohnabschluß für den Ruhrbergbau, der natürlich auch auf die übrigen Kohlenreviere hinüberwirken muß, bedeutet infolge der Erhöhung der Gesehungskosten ohne Zweifel eine Verschärfung der schon seit langem so überaus schwierigen Kohlenfrage. Eine Reihe von Betrieben wird die Erhöhung der Gesehungskosten nur noch sehr schwer tragen können; so entsteht die Gefahr neuer Stilllegungen. Man darf über diese kritische

Situation nicht hinwegsehen. Im Reichswirtschaftsministerium besteht die Auffassung, daß die Stilllegungsgefahr durch eine Erhöhung des Kohlenpreises nicht vermieden werden kann, da, am Abzug gemessen, der Kohlenpreis noch immer zu hoch stehe. Für den Preis sei aber in erster Linie der Absatz maßgebend. Schon heute würden die offiziellen Preise nicht eingehalten und infolgedessen wäre eine neue Preiserhöhung nur ein Schlag ins Wasser.

Bei aller Anerkennung der überaus schwierigen Lage des Kohlenproblems muß dennoch frühzeitig etwas getan werden, um entweder so weit wie möglich größere Stilllegungen zu vermeiden oder wenigstens bei unvermeidlichen Stilllegungen soziale Härten zu vermeiden. Wenn also auch zur Stunde für diesen Zweck beim Reichswirtschaftsministerium noch keine Anregungen zu einer Aushilfe vorliegen, so ist das für das Ministerium gleichwohl kein Grund, die Dinge einfach treiben zu lassen.

Schilde scheidet aus dem Internationalen Arbeitsamt aus. Der bisherige Leiter des Berliner Zweigamtes des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der ehemalige Reichsarbeitsminister Genosse Alexander Schilde, scheidet mit dem 1. Mai dieses Jahres aus diesem Amte aus. Schilde hat im März 1921 das Berliner Amt des I.A.A. in dessen Auftrag aufgebaut und bis heute an der Spitze dieses Amtes erfolgreich gewirkt. Bei den Behörden, den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeiter und besonders im Parlament hat Genosse Schilde in dieser bewegten Zeit wehrhaftig dazu beigetragen, den Gedanken des Internationalen Arbeitsrechts zu stabilisieren und das im Teil XIII des Versailles Vertrags begründete Wert des Internationalen Arbeitsamtes in Deutschland öffentlich zu verbreiten, dafür Interesse zu wecken und ihm Freunde zu gewinnen. Sein Nachfolger wird der bisherige Regierungsrat aus der Reichsarbeitsverwaltung W. Dorau.

Die Einheitsfrage in Frankreich.

Nach dem Nationalrat des französischen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.) ist nun auch die Exekutive des Kommunistischen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.U.) zu einer Sitzung zusammengetreten. Aus den geführten Debatten und angenommenen Beschlüssen geht hervor, daß in der Stellungnahme der Kommunisten zur Einheitsfrage eine leichte Veränderung eingetreten ist. Früher schlug die C.G.T.U. lediglich eine gemischte Konferenz der beiden Exekutiven und die Abhaltung eines gemeinsamen Kongresses vor. Die Ablehnung dieses Vorschlages seitens der C.G.T., die sich an ihre Kongreßbeschlüsse halten will und auch allein den Kongreß für befugt erachtet, weitere definitive Beschlüsse zu fassen, läßt nun die Kommunisten einen Schritt weiter gehen. Sie lehnen die Auflösung der C.G.T.U. immer noch kategorisch ab, erklären sich dagegen mit der Auflösung der unitären (kommunistischen) und regulären Gewerkschaften — die im Einverständnis mit den Exekutiven der beiden Landeszentralen zu erfolgen hätte — einverstanden. Zu diesem Zwecke soll zunächst eine gemischte Konferenz der beiden Exekutiven stattfinden, die folgende Punkte diskutieren soll: 1. Einheitskongreß der beiden Landeszentralen im August; 2. Vorbereitung dieses Kongresses durch die Einberufung von Vernehmlichungskongressen aller unitären und regulären Gewerkschaften; 3. Kongreß der Föderationen und Departementsverbände; 4. Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Organisation und Kontrolle der zur Wiederherstellung der Einheit beschlossenen Maßnahmen.

Die C.G.T. hat auf diese Vorschläge noch nicht geantwortet, steht aber bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die abgefallenen Organisationen einfach wieder den regulären Organisationen beizutreten haben, wie dies in letzter Zeit bereits von verschiedenen Verbänden gemacht worden ist.

So weitgehend auch die Vorschläge der C.G.T.U. scheinen mögen, so sind damit die wirklichen und praktischen Schwierigkeiten eben doch nicht aus der Welt geschafft. Mit der Herstellung der Einheit an sich, die zugestandenemmaßen eine Frage von Formalitäten ist, ist das Problem der Zusammenarbeit, die ja eigentlich Zweck der Einheit sein soll, während die Einheit nur Mittel zum Zweck ist, keineswegs gelöst, weder in Frankreich noch in irgend einem anderen Lande. Es wird allgemein der Fehler gemacht, daß der technischen und organisatorischen Seite der Einheitsfrage zu viel, der prinzipiellen Seite zu wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Dies zeigt sich gerade im Falle Frankreichs. Trotz aller formellen Einheitsvorschläge der C.G.T.U. sind sich die beiden Landeszentralen in der prinzipiellen Stellungnahme zu gewerkschaftsrechtlichen und praktischen Fragen nicht näher gekommen, und zwar gerade deshalb, weil hierin die Kommunisten von keinem Zoll nachgeben. Die beiden Exekutiven besprechen, abgesehen von der Einheitsfrage, die gleichen praktischen Probleme: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Problem des Achtstundentages usw. Die Stellungnahme war eine durchaus verschiedene. Die C.G.T. befaßt sich mit unmittelbaren sozialen Reformen und praktischer Wirksamkeit im Rahmen der durch die jetzige Lage gegebenen Möglichkeiten. Der Nationale Wirtschaftsrat ist gebildet, desgleichen der Nationalrat für die Verteilung der Arbeitskräfte. Es handelt sich darum, beiden Institutionen Leben zu verleihen und an ihren Arbeiten mitzuwirken. Auch in Bezug auf den Achtstundentag rechnet die C.G.T. u. a. auf die Intervention der Regierung, auf die sie in jeglicher Weise einen Druck ausüben versucht. Sie ist bestrebt, im Wirtschaftsleben des Landes einen immer größeren Einfluß zu gewinnen.

Die C.G.T.U. beschränkt sich auf fruchtlose Opposition. Sie will wohl gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, gibt aber keine konkreten Mittel an. Das gleiche gilt für den Achtstundentag und die Lohnaktionen. Ohne sich um das Wie oder Was zu kümmern, verlangt sie allgemeine Besserstellung und zu diesem Zweck die — Resonanz. Was nützen die fabelhaften, bis zum letzten Mann und zur letzten Dringruppe ausgearbeiteten Einheitsvorschläge, wenn auf dem Gebiet praktischer Zusammenarbeit keine Berührungspunkte vorhanden sind?

Streik bei der Pariser Verkehrs-Gesellschaft.

Der Konflikt zwischen der Direktion der Pariser Verkehrs-Gesellschaft und ihren Angestellten hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. Infolge der Weigerung der Gesellschaft, die gesamten wegen Beteiligung an der Majefeier gemehrten Angestellten wieder einzustellen, haben am Montag vormittag etwa 5000 Mann die Arbeit niedergelegt. In den von einer Abordnung der Angestellten mit der Direktion geführten Verhandlungen hat diese sich bereit erklärt, sämtliche Angestellte wieder einzustellen unter der Bedingung, daß diese einen Kevers unterschreiben mit der Verpflichtung, künftig am 1. Mai nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Gesellschaften an der Arbeitsruhe teilzunehmen. Diese Forderung ist vom größten Teil der Angestellten abgelehnt worden. Die der kommunistischen Gewerkschaftszentrale angehörenden Organisationen haben daraufhin den Generalstreik erklärt, während die Verbände des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes ihre Entscheidung von dem Ergebnis eines neuen Vermittlungsversuches abhängig machen.

Maggi's Fleischbrühe

Würfel geben kräftige Fleischbrühe zum Trinken, Kochen von Fleischbrühe, Suppen, Sopsen, Ragouts, Gemüsen usw. — Natürlich, feiner Fleischgeschmack ist ihr großer Vorzug.

Achtung auf den Namen Maggi und die rot-gelbe Packung.

1 Würfel 4 Pf.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Agitation für Hindenburg.

Unfere Leser werden sich noch erinnern, daß der Landbund in einem geheimen Rundschreiben seine Geizhosen aufforderte, die Gegner mit allen Schiknen zu bekämpfen...

Der ehemalige Kammerhüter Herr von Hohmann in Sadewitz hat sich nicht geschämt, eigenhändig Plakate für die Löberversammlung in Gnischwitz abzudrucken...

Da ja die Kammerherren am Königshofe die niedrigsten Vorkaufspreise auszuführen hatten, so aber infolge der Zeitgeist ihres königlichen Herrn seit 1918 beschäftigungslos geworden sind...

Wie wäre es, wenn diese junkerliche Sippschaft ihren Landarbeitern etwas mehr Lohn und Deputat geben würden...

Wenn der Arbeit aufgewacht, und erkenne deine Macht!

Vertisch-Billa, Matzeier. Zu einem imponanten Zug hatte sich die kassenbewußte Arbeiterschaft formiert, um die Matzeier, dem Gedanken der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit Ausdruck zu geben...

Rechte haben. Mit einem braufenden Hoch auf unsere Bewegung schloß die Versammlung, um die fröhe Stimmung in ihr Recht treten zu lassen...

Neumarkt. Matzeier. Die am Sonnabend von Partei und Ortsausflug veranstaltete Matzeier hatte sich eines außerordentlich guten Besuches zu erfreuen, Saal und Gallerien waren dicht besetzt...

Ratena. Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen! Sonntag, den 3. Mai, begann der hiesige Turnverein sein 1. Stiftungsfest. Um 3 Uhr nachmittags wurden die auswärtigen Vereine vor dem Bahnhof empfangen...

Bereinstalender.

Dreher. Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, Besichtigung der „Volkswacht“-Druckerei. Treffpunkt 2 1/2 Uhr...

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher. Donnerstag, 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Kleinen Saale des Gewerkschaftshauses...

Breslauer Produktendörse vom 4. Mai.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktendörse am 4. Mai 1925 gehaltenen Dörse in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung...

Table with columns for commodity names (Weizen, Roggen, Hafer, etc.) and prices. Includes sub-section for 'Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)' and 'Speise-Kartoffeln'.

Gibt eure Anzeigen der Volkswacht.

Familien-Anzeigen

An 2. Mai verschied nach längerem Leiden mein geier Mann, unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Stellmacher Arthur Marquardt...

Deutscher Holzarbeiter - Verband. Am 2. Mai verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Stellmacher Arthur Marquardt...

Korpulenz macht alt! Fettlosigkeit wird durch Grossers-Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit gold. Medaillen...

Damen- und Herren-Räder. erfindungsmäßig, Fahrradstamm, Zubehörteile laufen Sie preiswert (auch gegen Zeitabzahlung) Fahrradhandlung Lorisch...

Damen-Hüte, Kinder-Hüte. Carlsplatz 3. R-Glücksdamm.

Damen-Hüte, blaue Arbeitsjacken. Gertrud Pompe, Baderstraße 9. Spezialität: Hüte.

Abtun! Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder! Zwölf wichtige Bücher und Schriften zur Vertiefung des sozialistischen Wissens! (1. Serie) Apfel, Volkshaus als Einheitsbüro, brosch., nur 0.20...

SIL. Das prachvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist. Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel.

Buchhandlung Volkswacht. Modernes Antiquariat. Breslau 3. Neue Graubauerstraße 5.

Aus Dr. Unblutigs Praxis. Aufheben! Sie ahnen nicht, meine Herren, und viele andere ahnen nicht, wie tief die Erkenntnis der Notwendigkeit einer planmäßigen Fußpflege bereits ins Volk gedrungen...

Kukriolen Sie. Dann werden Sie es verstehen! Mit Kukriolen bezeichnet nämlich die moderne Welt die sachgemäße Fußpflege und in der nächsten Auflage des Weltgesundheitswerkes...

Wohnungs-tausch! Ein einziger Kunde, 2 einj. Stübchen und Kellerei im Zentrum mit Hausanschluss gegen gleiche oder etwa kleinere ohne Hausanschluss. Offener unter 900 an die Volkswachtbuchhandlung...